

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2022



**Verleihung des Bundesverdienstkreuzes  
an Konstanze Helber in Rottweil**

**Erste Verfahren der EKM zur Anerkennung von DDR-Unrecht**

**Fundstück – Der Rosienenbomber von Berlin-Neukölln**

**Das Projekt „Die letzte Adresse“**

### Aktuell

- 3 „Wir dachten, wir können die Welt aus den Angeln heben. Die Unabhängige Initiative Potsdamer Frauen (1989 bis 1995)“  
Das neue Portal „Zeitzeugenbuero.de“  
der Bundesstiftung Aufarbeitung ist online  
Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock –  
Veranstaltungsdaten im Juli 2022
- 4 Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2022 für MEMORIAL INTERNATIONAL  
Gedenkveranstaltung zum 69. Jahrestag des Volksaufstandes  
am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR

### Recht

- 5 Die Gesetzesnovellierung des StrRehaG:  
Wie profitieren ehemalige Heimkinder?
- 6 Evangelische Kirche Mitteldeutschland –  
Erste Verfahren der EKM zur Anerkennung von DDR-Unrecht

### Aufarbeitung

- 7 Stolpersteine für die Opfer  
der kommunistischen Gewaltherrschaft?  
Das Projekt „Die letzte Adresse“

### International

- 8 ZEITENWENDE?  
„Flüsterwitze“ aus Nordkorea

### Berichte

- 9 Ein Gymnasium des Kreises Bergstraße in Rimbach  
und die mediale Erinnerungskultur heute
- 10 Gedenkfahrt Tost/Toszek vom 10.–12. Juni 2022

### Geschichte

- 14 Fundstück – Der Rosinenbomber von Berlin-Neukölln  
Aus meinen Lebenserinnerungen – ‚Bausteine (m)eines Lebens‘
- 15 Wie sich Deutschland freiwillig finnlandisierte
- 17 Wie Geschichtsmymthen entstehen und historisch wirken  
Tag der Befreiung?  
Zwischen Realismus und Utopismus
- 18 Stepan Bandera – der umstrittene Nationalheld der Ukraine

### Verbände

- 19 Grußwort zur 33. Gedenkveranstaltung der Lagergemeinschaft  
Sowjetisches Speziallager Nr. 5 Ketschendorf
- 20 Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer  
der sogenannten Malchower Werwolftragödie 1945/46  
UOKG-Ausstellung im Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz
- 21 Eine verdiente Ehrung auf großer Bühne  
Filmclip der UOKG ist fertig
- 22 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes  
an Konstanze Helber in Rottweil

### Service/Bücher

- 23 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesucht!

### Umschlagbild

Ausstellung zum 25. Jahrestag des Mauerfalls 2014 in  
den Potsdamer-Platz-Arkaden in Berlin mit dem Schwerpunkt  
der herausragenden Rolle der Westalliierten in  
West-Berlin im Kalten Krieg.

Foto: Pietzsch

# Ronald Reagan vor 40 Jahren: „Die Sowjetunion ist das Reich des Bösen“

Ronald Reagan wurde für diese Aussage vor 40 Jahren von bestimmten Kreisen verspottet. Zu Unrecht, wie ich meine. Im Oktober 2021 habe ich im Podcast der Wochenzeitung „Die Zeit“ mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden des „Deutsch-Russischen Forums“, festgestellt, dass in der sowjetischen und russischen Politik die Anwendung von Gewalt im Inneren wie im Äußeren als legitimes Mittel der Politik gilt. Der Vertreter des Deutsch-Russischen Forums hat dem heftig widersprochen. Vor einigen Tagen haben wir unseren Disput auf dem Podcastfestival in Berlin fortgesetzt. Nun hat er mir Recht gegeben.

Das traurige ist, dass ich gern Unrecht gehabt hätte. Seit 1917 hat die Sowjet-

union/Russland 60 Militärinterventionen in anderen Ländern zu verantworten. Warum nur braucht es erst eines Überfalls auf die Ukraine, um das Wesen der russischen Politik unübersehbar offenzulegen?

Hoffen wir, dass die Verantwortlichen in der Politik den Ernst der Lage erkennen und in ein paar Monaten nicht zur Tagesordnung übergehen.

Russland darf und wird diesen Krieg um Freiheit nicht gewinnen. Nur die Demokratie kann Wohlstand, Bildung, Sicherheit und Perspektiven für die Menschen schaffen. Davor hat Putin Angst und darum darf er nicht gewinnen!

Ihr Dieter Dombrowski

## „Wir dachten, wir können die Welt aus den Angeln heben.“

Die Unabhängige Initiative Potsdamer Frauen (1989 bis 1995)“

Eine Ausstellung der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Kooperation mit dem Autonomen Frauenzentrum Potsdam

26. August 2022 bis 8. Januar 2023

„Wir dachten, wir können die Welt aus den Angeln heben“, erinnert sich eine der Gründerinnen der Fraueninitiative. Politische Arbeit, Wahlkampf, Beruf, Familie... Woher die Energie kam, dies alles zu meistern, verwundert die Beteiligten noch heute. Eine Sonderausstellung in der Gedenkstätte Lindenstraße würdigt vom 26. August 2022 bis zum 8. Januar

2023 am Beispiel der Unabhängigen Initiative Potsdamer Frauen das politische Engagement von Frauen während der Friedlichen Revolution und in der Transformationszeit.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße  
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam  
Tel.: +49 (0)331-289 61 13

E-Mail:

[www.gedenkstaette-lindenstrasse.de](http://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de)



Eröffnung des Cafés im Frauenzentrum, 6. Juli 1990  
© Jeanette Toussaint

## Das neue Portal „Zeitzeugenbuero.de“ der Bundesstiftung Aufarbeitung ist online

Berlin, 04.05.2022. Das Portal [www.zeitzeugenbuero.de](http://www.zeitzeugenbuero.de) der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur präsentiert sich nach einem kompletten Relaunch in modernem Design und mit vielen neuen Funktionen. Mehr als 370 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im gesamten Bundesgebiet können über die Suchfunktionen recherchiert und zu Gesprächen im Schulunterricht und Bildungsveranstaltungen sowie auch zu Interviews eingeladen werden. Vor allem Jüngere bekommen dank der persönlichen Erzählungen etwa über Fluchten aus der DDR, politische Haft, den Alltag im geteilten Deutschland und viele andere Aspekte mehr einen lebendigen Zugang zur Zeitgeschichte.

Über die Schlagwortsuche können passende Gesprächspartner nach Suchbegriffen wie Freikauf, Staatssicherheit oder Heimerfahrungen, zu Jugendkultur oder Migration gefunden werden. Eine interaktive Karte ermöglicht eine intuitive Recherche in der jeweiligen Region.

Passende Themenmodule liefern Lehrerinnen und Lehrern Ideen zur Unterrichtsgestaltung und halten kostenlose Bildungsmaterialien zum Download bereit. Thematische Einführungen und umfangreiche Hintergrundinformationen zur deutsch-deutschen Geschichte liefern

derzeit zehn Themendossiers. Zahlreiche Zeitzeugen-Videos geben erste Eindrücke von deren Erlebnissen und Erfahrungen. Auch Fragen zur Finanzierung sowie zur Vorbereitung von Zeitzeugengesprächen im Unterricht beantwortet die Website.

Mit ihrem Portal [www.zeitzeugenbuero.de](http://www.zeitzeugenbuero.de) hat die Bundesstiftung Aufarbeitung ein Angebot geschaffen, um bundesweit die öffentliche Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung, der Friedlichen Revolution und dem Einheits- und Transformationsprozess anzuregen. So werden wichtige Impulse für die Bildungsarbeit gesetzt, sich mit der Geschichte von Diktatur und Demokratie auseinanderzusetzen.

Weitere Informationen erhalten Sie von der Pressestelle: Tilman Günther, Fon: 030 31 98 95 225, E-Mail: [t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

## Stasi-Unterlagen- Archiv Rostock – Veranstaltungs- daten im Juli 2022

**Di, 05. Juli 2022, 19.00 Uhr**

Vortrag und Gespräch  
Die Deutsche Seereederei im Spiegel der Stasi-Akten  
Referentin: Dr. Franziska Cammin (Historikerin)  
Moderation: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

**Mi, 06. Juli 2022, 13.00 – 17.00 Uhr**

Bürgerberatung  
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

(Angebote in Kooperation mit der LpB M-V/DuG) Die Veranstaltungen finden gemäß den aktuell geltenden Auflagen zum Infektionsschutz statt. Änderungen vorbehalten!

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2022 für MEMORIAL INTERNATIONAL

Würdigung des Einsatzes für Menschenrechte und Aufarbeitung in Russland. Der mit 20.000 Euro dotierte Hauptpreis des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises 2022 ist an die Aufarbeitungs- und Menschenrechtsorganisation MEMORIAL INTERNATIONAL verliehen worden, die Ende 2021 in Russland verboten worden ist.

Kulturstaatsministerin Claudia Roth sagte zur Preisvergabe: „Seit mehr als 30 Jahren arbeitet MEMORIAL die Folgen des Stalinismus und die Verheerungen der kommunistischen Gewaltherrschaft im ehemaligen sowjetischen Machtbereich auf. Daraus ist eine Bürgerrechtsbewegung für das Recht eines ehemaligen Imperiums und der aus ihm hervorgegangenen Länder auf ihre Geschichte geworden. Wo dieses Recht verwehrt wird, entsteht keine Demokratie, gibt es keine Bürgerinnen und Bürger. MEMORIAL hat in Russland beharrlich für dieses Recht und gegen seine kontinuierliche Einengung gearbeitet, durch historisch-aufklärerische Arbeit, Menschenrechtspolitik und Unterstützung für überlebende Opfer des Stalinismus. MEMORIAL kann und wird sich nicht fügen. Diese Bewegung ist längst selbst ein nicht zu leugnender, nicht zu liquidierender Teil der Geschichte Russlands geworden.“

Die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Anna Kaminsky, die zugleich Mitglied der Jury ist, erklärte: „MEMORIAL engagiert sich seit vielen Jahren unter schwierigsten Bedingungen für die Aufklärung der stalinisti-


schen Verbrechen in der Sowjetunion. Ihr Engagement ist nicht auf die Vergangenheit beschränkt: Ihr Eintreten für Menschenrechte heute wird von den Machthabern im Kreml ebenso bekämpft. Mit der Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises an MEMORIAL INTERNATIONAL wollen wir die bei MEMORIAL Engagierten stellvertretend für die Zivilgesellschaft in Russland würdigen. Wir hoffen, dass die mutigen und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von MEMORIAL weiter für diese Ziele arbeiten können, wo immer es ihnen möglich ist.“

Seit 1988 setzt sich MEMORIAL für die Aufarbeitung der Verbrechen unter Stalin und der gesamten Sowjetzeit ein. Die Organisation engagiert sich zugleich für die Belange der Opfer der kommunistischen Diktatur und macht sich für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Russland stark. Die Mitbegründerin von MEMORIAL Irina Scherbakowa sagte dazu: „Für MEMORIAL ist die Verleihung des Karl-Wilhelm-Fricke-Preises eine große Ehre und eine sehr wichtige Anerkennung unserer dreißigjährigen Arbeit. Für uns ist es sehr bedeutend, dass dieser Preis von denjenigen vergeben wird, die genauso wie wir verstehen, wie wichtig es ist, die Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur zu bewahren, wie notwendig es ist, dass die Gerechtigkeit wiederhergestellt wird. MEMORIAL wurde geschaffen, um den Opfern ihre Namen und ihren Platz in der Geschichte zurückzugeben. Die Erinnerung an den Massenterror hat keine Grenzen, von ihm

waren alle Völker der ehemaligen UdSSR und auch die Völker Europas, in denen die kommunistische Diktatur herrschte, betroffen. Es ist unsere gemeinsame Vergangenheit, und wir müssen gemeinsam um die Erinnerung an sie kämpfen. Heute sind diese Aufgaben nicht nur aktuell, sondern noch dringender geworden, weil wir erleben müssen, wie Aggression, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in unser Leben zurückkehren.“

Der mit 5.000 Euro dotierte Sonderpreis 2022 ging an die Zeitschrift OSTEUROPA. Den mit 3.000 Euro dotierten Nachwuchspreis erhielten die beiden Macher des Podcasts „Horchpost DDR“, Max Zarnojanczyk und Christian Hermann.

Der nach dem Publizisten Karl Wilhelm Fricke benannte Preis wurde 2017 durch eine Spende des Mediziners, Autors und ehemaligen Fluchthelfers Burkhard Veigel ermöglicht. Der Jury des Preises unter der Leitung der ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler gehören neben Altbundespräsident Horst Köhler die russische Menschenrechtlerin Irina Scherbakowa, der Schriftsteller Marko Martin, der Preisspender Burkhard Veigel und die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung Anna Kaminsky an.

Weitere Informationen erhalten Sie von: Jörg von Bilavsky, Pressesprecher der Bundesstiftung Aufarbeitung, Fon: 030 31 98 95 334 | E-Mail: j.bilavsky@bundesstiftung-aufarbeitung.de 



### Gedenkveranstaltung zum 69. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR.

Foto Archiv UOKG (v.l.): Hugo Diederich, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus; Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag und Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

# Die Gesetzesnovellierung des StrRehaG: Wie profitieren ehemalige Heimkinder?

Im November 2019 ist die Novellierung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) in Kraft getreten. Von der veränderten Rechtslage profitieren auch ehemalige Heimkinder der DDR. Das gilt jedoch nicht in jedem Fall. Es kommt unter anderem auf den Heimtypus an. Man unterscheidet grob zwischen Normalheimen (Kinderheim, Jugendwohnheim) und Spezialheimen (Spezialkinderheim, Jugendwerkhof).

**Normalheime:** Einweisungen in Normalheime können grundsätzlich nach wie vor nur rehabilitiert werden, wenn die Anordnung der Unterbringung nachweislich **der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken** gedient hat (1.). Die Novellierung bringt den Betroffenen nichts. Es sei denn, gleichzeitig mit der Unterbringung im Heim wurden freiheitsentziehende Maßnahmen gegen die Eltern oder Elternteile aufgrund von Entscheidungen, die im Wege der Rehabilitierung für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben worden sind, vollstreckt (2.).

1. Im ersten Fall sind die Einweisungsgründe entscheidend. Wenn das Kind oder der Jugendliche nicht aus sachfremden, sondern aus fürsorglichen Gründen in ein Normalheim kam, ist eine Rehabilitierung nicht möglich. Fürsorgegründe liegen vor, wenn die Einweisung zum Wohl des Kindes erforderlich war. Das wird z.B. angenommen, wenn die Eltern verstorben sind und keine aufnahmebereiten Verwandten da waren, das Kind zu Hause vernachlässigt, misshandelt oder missbraucht wurde oder das Kind der Schulpflicht nicht nachkam oder sich anderweitig auffällig verhielt. Sind die Einweisungsgründe nicht mehr feststellbar, geht dies zulasten der Antragsteller. Mir ist aus einigen Fällen bekannt, dass Einweisungen nur am „Fehlverhalten“ (Schulbummelei, Ausreißen von zu Hause etc.) der Kinder festgemacht wurden. Es wurde von der Jugendbehörde nicht gesehen, dass die Eltern dieses Verhalten durch Vernachlässigung oder Gewalttätigkeiten befördert hatten. Die Betroffenen schildern dann die schlimmen Zustände zu Hause. Aber gerade in Fällen in denen das Kindeswohl durch die Eltern gefährdet oder verletzt wurde, musste das Kind oder der Jugendliche von zu Hause weg und in

staatliche Obhut. Das spricht also mehr für eine Heimeinweisung als dagegen. Das gilt leider selbst dann, wenn es in den Normalheimen zu Gewalterfahrungen und Missbrauch kam.

Nach derzeitigem Forschungsstand ist nämlich nicht davon auszugehen, dass es in Normalheimen – im Gegensatz zu Spezialheimen – zu systematischen Menschenrechtsverletzungen kam. Vielmehr ist aus heutiger Sicht anzunehmen, dass es sich um Fehlverhalten einzelner Erzieher handelte. Für die Aufarbeitung solcher Fälle ist das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz jedoch nicht vorgesehen. Erfasst ist nur SED-Unrecht. Daher können auch Menschen, die in Westdeutschland im Heim waren, nicht rehabilitiert werden, obwohl auch dort zum Teil Missbrauch von Schutzbefohlenen stattfand oder die Kinder und Jugendlichen massiver Gewalt durch die Erzieher ausgesetzt waren.

Rehabilitierungsverfahren sind in der Regel langwierig und belasten viele Betroffene. In den Fällen, in denen Betroffene in ein Normalkinderheim eingewiesen wurden und die Einweisungsgründe nicht mehr zu ermitteln sind oder Fürsorgegründe vorlagen, die sich auch aus den Schilderungen der Betroffenen ergeben können, ist eine Rehabilitierung nicht möglich und der Antrag wird abgelehnt. Zuvor bekommen die Betroffenen grundsätzlich eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft zugeschickt, zu der sie sich äußern können. Aufgrund der formalen Sprache in diesen Verfügungen, die selten auf das persönliche Schicksal der Betroffenen eingehen, fühlen sich Betroffene häufig wie Angeklagte. Wenn dann noch eine Ablehnung des Rehabilitierungsantrags folgt, ist dies in vielen Fällen mit einer großen psychischen Belastung verbunden. Dies gilt es zu vermeiden. **Sofern ein Antrag von vornherein absolut aussichtslos ist, sollte man ihn daher möglichst gar nicht erst stellen.** Wenn in Hinblick auf die Erfolgsaussichten Unsicherheiten bestehen, können sich Betroffene an die Beratungsstellen der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der jeweiligen Länder oder an die juristische Beratungsstelle der UOKG wenden. Die Beratung ist kostenfrei. Selbsternannte Berater, die häufig auch selbst

Betroffene sind, haben in der Regel nicht das erforderliche Wissen in Hinblick auf die aktuelle Rechtsprechung und die gesetzlichen Voraussetzungen. Im Zweifel sollten sich Betroffene daher zumindest eine Zweitmeinung von einer der oben genannten Stellen einholen, bevor ein Rehabilitierungsantrag gestellt wird.

2. Betroffene, die in einem Normalheim (hier ist der Heimtypus aber egal) untergebracht waren und zumindest ein Elternteil im gleichen Sach- und Zeitzusammenhang rechtsstaatswidrig inhaftiert war (Rehabilitierung muss vorliegen), haben aufgrund der Novellierung nun bessere Chancen rehabilitiert zu werden. Nach § 10 Abs. 3 Satz 2 StrRehaG n.F. wird nämlich vermutet, dass die Einweisung der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden diente. Anders als zuvor geschildert geht das Fehlen von Unterlagen hier nicht zulasten der Antragsteller, solange der Heimaufenthalt an sich belegt ist (z.B. anhand vom SV-Ausweis, Zeugnissen, Meldebescheinigung).

**Spezialheime:** Nach § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG n.F. wird vermutet, dass die Einweisung in ein Spezialheim oder eine vergleichbare Einrichtung sachfremden Zwecken diente. Vermutet das Gesetz widerlegbar eine Tatsache, so führt dies zu einer Beweislastumkehr, aufgrund der Betroffene nur die Vermutungsbasis, hier die Einweisung in ein Spezialkinderheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, darlegen, nicht aber die vom Gesetz bei deren Vorliegen vermutete Tatsache beweisen muss. Sofern nur der Nachweis erbracht werden kann, dass jemand zu einer bestimmten Zeit im Spezialheim war (z.B. durch SV-Ausweis oder Zeugnis), vom Gericht aber keine Heimunterlagen zu ermitteln sind und auch anderweitig keine Einweisungsgründe bekannt sind (z.B. durch Einlassungen des Antragsstellers), muss die Vermutung greifen, also eine Rehabilitierung erfolgen. Liegen aber teilweise noch Unterlagen vor, kann es sein, dass ein Gericht in der Gesamtschau die Vermutung als widerlegt ansieht. Etwa, wenn aus den Unterlagen hervorgeht, dass der Betroffene Straftaten begangen hat. Welche Anforderungen an Umfang der Unterlagen und Schwere von mutmaßlich begangenen Straftaten (in



vielen Fällen gab es keine Verurteilung) zu stellen sind, um die Vermutung zu widerlegen, wird von den Gerichten unterschiedlich beurteilt. Darüber habe ich in früheren Artikeln berichtet. Es kommt natürlich auch immer auf den Einzelfall an. Aber manche Gerichte legen § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG eher streng aus und andere rehabilitieren grundsätzlich jeden, der in einem Spezialheim war. Es ist folglich z.T. „Glückssache“ ob die Einweisung in ein Spezialheim rehabilitiert wird oder nicht, denn man kann sich das zuständige Gericht nicht aussuchen. Im Großen und Ganzen hat sich die Rechtsprechung jedoch schon etwas eingependelt.

Für Betroffene, die in Spezialheimen waren, sind die Rehabilitierungschancen durch die Novellierung jedenfalls erheblich gestiegen.

Wer in einem Spezialheim war oder in einem Normalheim unter den unter (2.)

beschriebenen Umständen und bereits vor der Novellierung einen Rehabilitierungsantrag gestellt hat und dieser auch vor der Novellierung rechtskräftig abgelehnt wurde, kann in den meisten Fällen noch einmal einen Antrag stellen. Im Gesetz steht nämlich ein sogenanntes Zweitantrags- oder Wiederholungsantragsrecht. Voraussetzung ist, dass ein früherer Antrag abgelehnt wurde, nun aber der gleiche Antrag aufgrund der neuen Gesetzeslage Erfolg haben würde. Leider wird das Zweitantragsrecht nicht von allen Gerichten akzeptiert, da der Gesetzgeber sich in der Beschlussempfehlung gegen ein Zweitantragsrecht ausgesprochen hat und auch ein gesetzlicher Wertungswiderspruch besteht.

Unproblematisch bejaht wird ein Zweitantragsrecht nach meinem jetzigen Kenntnisstand in Berlin, Brandenburg und Sachsen. Vor der Gesetzesnovellierung hatten einige Betroffene mit

Wiederaufnahmeanträgen Erfolg. Sie beriefen sich auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse (den Bericht zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR und die zugrundeliegenden Expertisen). Dieser zulässige Wiederaufnahmegrund hat allerdings an Bedeutung verloren, weil der Gesetzgeber durch Einführung der Vermutung aus § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG n.F. den wissenschaftlichen Erkenntnissen über Spezialheime Rechnung getragen hat. Daher sollten Betroffene nicht ausschließlich auf einen Wiederaufnahmeantrag setzen, sondern zumindest hilfsweise auch einen Zweitantrag stellen und sich auf die neue Rechtslage berufen. Die Novellierung des StrRehaG hat viel zum Positiven verändert, aber es bleibt leider teilweise kompliziert: Die juristische Beratungsstelle der UOKG steht Betroffenen gerne unterstützend und beratend zur Seite.

Ass. jur. Martina Kegel

## Evangelische Kirche Mitteldeutschland

### Erste Verfahren der EKM zur Anerkennung von DDR-Unrecht

Ein Jahr, nachdem die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) ein Anerkennungsverfahren für Opfer der SED-Diktatur gestartet hat, sind die ersten Fälle abgeschlossen. Mit vier Betroffenen wurde eine Anerkennungsvereinbarung getroffen, die größtenteils

auch umgesetzt wurde, erklärte der für die Seelsorge für Diktaturoperfer zuständige Pfarrer Christian Dietrich auf Nachfrage. Es habe finanzielle Anerkennungen gegeben. „Formen der konkreten öffentlichen Anerkennung wurden noch nicht praktiziert. Sie waren in den abgeschlossenen Verfahren auch nicht Teil der Erwartung der Betroffenen.“ Sieben Anerkennungsverfahren liefen derzeit.

vom SED-Staat verursacht wurden, eine mögliche Unterstützung durch kirchliche Mitarbeiter verweigert wurde, erklärte Christian Dietrich weiter.

Es gehe aber auch um Menschen, die aufgrund politischer Verfolgung die DDR verlassen haben und denen ein Neuanfang in der Bundesrepublik durch den Entzug kirchlicher Rechte erschwert wurde. Andere seien nicht in eine ihnen entsprechende kirchliche Anstellung gekommen.

Es hätten sich bislang weniger als 40 Personen mit einem persönlichen Anliegen an die Ombudsfrau oder den Anerkennungsausschuss gewandt. In manchen Fällen sei lediglich ein Gespräch erwünscht gewesen oder es habe sich gezeigt, dass der Ausschuss nicht zuständig ist. Zudem hätten auch Menschen darum gebeten, es möge nicht vergessen werden, welche Hilfe und Unterstützung sie durch bestimmte kirchliche Mitarbeiter während ihrer Haft oder der politischen Verfolgung erfahren hätten.

#### *Geld macht alles möglich.*

*Salomo*

Na, na, auch wenn der Weise da etwas übertrieben hat, aber ein Abo macht es auf jeden Fall möglich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stachel-draht-Abo“ oder „Stachel-draht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Mit dem Anerkennungsverfahren will die EKM Verantwortung gegenüber Menschen übernehmen, die während der SED-Diktatur in kirchlichen Kreisen zu Opfern wurden. Es geht um Menschen, die aus politischen Gründen drangsaliert und in ihren Kirchen disziplinarisch belangt wurden sowie um solche, die durch Verrat aus kirchlichen Kreisen inhaftiert, gedemütigt, traumatisiert oder zur Ausreise gedrängt wurden. Betroffene können bis zum 30. April 2023 Anträge stellen. Als Ombudsperson zur Unterstützung von Antragstellern wurde die frühere DDR-Oppositionelle Hildigund Neubert beauftragt.

Antragsteller seien etwa Menschen, denen in existenziellen Notlagen, die

Quelle: dpa

## Stolpersteine für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft?


Die Idee mit den Stolpersteinen für Opfer der SED/MfS-Verbrechen kam Günter Johannsen, als er in Vilshofen bei Passau einige Stolpersteine von im KZ ermordeten Juden sah.

Wenn man genauer hinschaut, so seine Wahrnehmung, dann sind auch die vielen Opfer des kommunistischen SED-Regimes es wert, jeweils einen Stolper-Gedenkstein zu bekommen. „Ich dachte dabei u.a. z.B. an Jürgen Fuchs, der mutmaßlich durch Röntgenstrahlen bei Stasi-Verhören Blutkrebs bekam und daran starb. Und dann kann man auch die Mauertoten mit hinzufügen. Oder die im Wersten verfolgten und von Stasischergen ermordeten Spitzensportler etc.“

Bei seinen Betrachtungen bezieht sich Johannsen auch auf den Antisemitismus von Karl Marx, den die Kommunisten nicht nur verschwiegen, sondern in sein Gegenteil verkehrten und politisch instrumentalisierten. „Was die Marxisten gestern wie heute aber gern verschweigen: der wissenschaftliche Kommunismus von Karl-Marx hat allein in der Sowjetunion, in China und in der DDR über hunderte von Millionen Tote zu verantworten! Aber auch der Antisemitismus war den Marxisten nicht fremd, denn schon ihr großer Vordenker, Karl Marx, schrieb in einem seiner Briefe an Friedrich Engels über den Juden Ferdinand Lassalle: „Es ist mir völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist,

von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten angeschlossen. [...] Diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen [...] niggerhaft.“ Nachzulesen in „Marx & Engels intim“, Random House Audio Verlag, München 2009. „Auch das ist der Begründer der kommunistischen Pseudo-Religion ungeschönt! Politisch korrekt war Marx' Denke und Sprache jedenfalls nicht, oder?“

Wie sehen Sie das, liebe Leser? Sollte es eine deutsche Initiative geben, die sich für Stolpersteine adäquat der NS-Verbrechen einsetzt? Und wie könnte diese umgesetzt werden? Schreiben Sie der Redaktion!

Günter Johannsen ist ein evangelischer Diakon und Sozialpädagoge. Er war 1982 einer der Initiatoren der Montags-Friedensgebete in Leipzig. 

## Das Projekt „Die letzte Adresse“

2014 hat die russische Memorial-Stiftung das Projekt „Letzte Adresse“ ins Leben gerufen. Durch das Anbringen von postkartengroßen Gedenktafeln, ähnlich wie bei den Stolpersteinen, wird an die Opfer der Stalinschen Säuberungen erinnert.

Gewürdigt werden aber ausschließlich Menschen, die sich selbst keiner Straftat schuldig gemacht hatten – weder in der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion, noch im Nationalsozialismus.

In Deutschland wurde die erste Tafel im August 2019 angebracht. Am 17. Juli und am 18. September 2020 folgten zwei weitere, eine für Dr. Helmut Sonnenschein, der am 4. Juli 1951 in Moskau hingerichtet wurde, und eine für Ludwig Kracke, der nach der Deportation nach Tajschet/Sibirien 1952 verstarb.

Auch Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, nahm an der Einweihung der Tafeln von Dr. Sonnenschein teil.

Die Arbeit der Stiftung „Die letzte Adresse“ (russ. „Poslednij adres“) gilt der Bewahrung des Andenkens an die Opfer der sowjetischen politischen Repressionen. Das Projekt wurde 2013 von Mitarbeitern des russischen Memorial-Netzwerkes, Historikern und Journalisten in Moskau ins Leben gerufen und kann im Internet hier aufgerufen werden.

Angelehnt an die „Stolpersteine“, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, beschäftigt sich die Stiftung „Die letzte Adresse“ mit der Herstellung und Anbringung von Gedenktafeln an den vormaligen Wohnhäusern von Menschen, die von 1918 bis 1991 im Rahmen politischer Verfolgung durch sowjetische Behörden schuldlos ihr Leben verloren.

Für ihre herausragenden Verdienste im Bereich der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts wurde die Initiative im Juni 2018 von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit dem Karl-Wilhelm-Fricke-Preis ausgezeichnet.

Inzwischen wurden bereits über 800 Tafeln in folgenden fünf Ländern angebracht: Russland, Ukraine, Moldau, Tschechien und Georgien. In Russland gibt es die Tafeln bereits in 48 Kommunen von Moskau und St. Petersburg über Perm bis Taganrog.

Über MEMORIAL Deutschland e.V., den deutschen Zweig der internationalen Gesellschaft Memorial, ist es jetzt auch in Deutschland möglich, die von der Stiftung hergestellten Gedenktafeln an den „letzten Adressen“ von Menschen anzubringen, die unschuldig in der Sowjetunion erschossen wurden oder im Gulag umkamen.

Auf der Tafel mit einer Seitenlänge von 11×19 cm ist Name, Beruf, Geburtsdatum, Hinrichtungs- bzw. Sterbedatum sowie der Zeitpunkt der Rehabilitation eingraviert.

Vor der Anbringung der Gedenktafel werden alle Zeugnisse über die jeweilige politisch verfolgte Person sorgfältig überprüft.

Die Stiftung fordert dazu die entsprechenden Informationen vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB und dem Innenministerium für jeden an, für den eine Gedenktafel erstellt werden soll.


### Weitere Informationen über das Projekt

<https://www.memorial.de/index.php/7196-nachricht382a>

<https://www.memorial.de/index.php/7313-nachricht504>

### In den deutschen Medien

Stolpersteine für Stalins Opfer (Spiegelonline): <http://www.spiegel.de/politik/ausland/moskau-stolpersteine-fuer-stalins-opfer-a-1087865.html>

Operation „Letzte Adresse“ (Zeit): <https://www.zeit.de/2014/53/moskau-erinnerung-opfer-stolpersteine> 

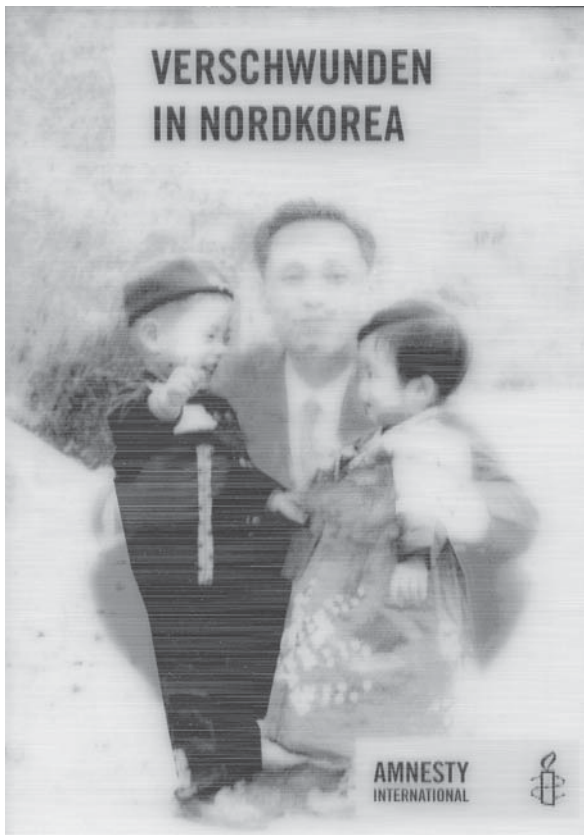
## ZEITENWENDE?

Nach der weiteren Aggressionsausweitung des Kriegsverbrechers Putin in der Ukraine, schien „ein Ruck“ durch Deutschland zu gehen. Weitgehend un-

erwähnt wurde dabei, dass Putin schon seit sieben Jahren Krieg gegen das „Bruderland“ führt und widerrechtlich die Krim besetzt hatte, was nur zu „Sanktjönchen“ seitens Deutschlands führte. Die Arbeiten an Nordstream 2 gingen damals weiter und Bundeskanzlerin Merkel sowie ihr Nachfolger Scholz träumten weiter von einer „strategischen Partnerschaft“ mit Russland – UND, der „Volksrepublik“ China. Der Kreml gab den Befehl für den „Tiergarten-Mord“. Die Reaktionen deutscher Politik blieben ebenso lau, wie nach dem Attentat des FSB auf Alexej Nawalny.

klare „rote Linien“ von deutscher Seite eingehalten, die Botschaft in Pjöngjang ist geschlossen und es gibt keine offiziellen Kontakte mit der Diktatur von Kim Jong Un.

Resümee: Die deutschen Außenpolitik der letzten dreißig Jahre ist weitgehend gescheitert, vor allem gegenüber Russland und China steht sie vor einem Trümmerhaufen. Wenn es wirklich eine „Zeitenwende“ geben soll, muss sie sich befreien von den „Träumereien strategischer Partnerschaften“ mit Diktaturen. Dies bedeutet zuerst eine Inventur und



BITTE FREIHALTEN  
80 Eurocent

Exzellenz,  
ich schreibe, um meine tiefe Besorgnis über **Hwang Won** auszudrücken, einem ehemaligen TV-Produzenten aus Südkorea, der nicht in sein Heimatland zurückkehren durfte, nachdem er am 11.12.1969 unfreiwillig mit einem entführten Flugzeug in Nordkorea angekommen war, und von dem man seitdem nichts mehr hörte.  
Trotz wiederholter Bitten seiner Familie, hat sich Ihre Regierung geweigert, Informationen über seinen Zustand und seinen Verbleib in den letzten 50 Jahren preiszugeben.

Das erzwungene Verschwindenlassen ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung und muss, wenn es systematisch gegen Zivilist\*innen angewendet wird, als ein **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** gewertet werden.

Ich fordere Sie auf, genaue Informationen über diesen und ähnliche Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen zu geben und das Recht des Einzelnen, die DVVK zu verlassen – wenn er/sie dies wünscht – zu respektieren.

Name, Ort:  
Unterschrift:  
www.amnesty-korea.de @amnestykoreawatch

**Kim Jong-un**  
Oberster Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea, Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee, Vorsitzender und Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten

**Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea**  
Glinkastraße 5-7  
10117 Berlin  
Germany

Bitte nicht weiter verteilen! Nur für den Kontakt mit der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea in Pjöngjang. Bitte nicht weiter verteilen! Nur für den Kontakt mit der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea in Pjöngjang.

### „Flüsterwitze“ aus Nordkorea

Unter dem Beitrag „Mein lieber treuer Kamerad und Freund Siegfried...“, S. 1In der Hauptstadt der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ sieht ein Nordkoreaner drei seiner Landsleute, wie sie einen kommunistischen Funktionär verhauen, der jämmerlich um Hilfe schreit. „Nein“, meint er, „drei sind genug...“

Zu einem alten Bauern kommt ein Vertreter der örtlichen kommunistischen Zeitung und fragt im Interview:

„Genosse Kolchosbauer, wie geht es Dir?“

„Ausgezeichnet“, sagt der Bauer

„Hast Du genug zu essen und zu trinken?“, fragt der Redakteur weiter

„Ja, sehr gut.“, antwortet der Bauer

Hast Du auch eine gutes warmes Zuhause?“

„Selbstverständlich“!, so der Bauer enthusiastisch

„Und wie fühlst Du Dich, Genosse?“, skeptisch nachfassend der Redakteur

„Hervorragend“, wieder der Bauer

„Liest Du auch stets unser Parteiorgan?“

„Natürlich! Wie könnte ich sonst wissen, dass es mir so wunderbar ergeht!“

Dr. Friedrich W. Schlomann

Zur ähnlichen Zeit entführte der Geheimdienst der Sozialistischen Republik Vietnam Trinh Xuan Than aus Berlin, doch die Reaktionen blieben ebenfalls „lau“.

Diktator Xi Jinping intensivierte den politischen Druck in Hongkong, zerstörte widerrechtlich die mit Großbritannien vertraglich vereinbarte Unabhängigkeit der Stadt und installierte sein totalitäres System in dieser Stadt. Außer müden Bitten, die Verträge doch bitte zu achten, gab es keine deutschen Reaktionen. Chinesische Studenten durften weiter kostenfrei in Deutschland studieren, die Geheimdienste der „VR“ Chinas betreiben weiter Spionage an den Universitäten und in der deutschen Wirtschaft. Selbst auf 349 Projekte mit militärischen Auswirkungen bekam die Diktatur Chinas Zugriffsmöglichkeiten! Gleichzeitig intensivierte HANBAN, gesteuert von Politbüro der KPCh, die Propagandatätigkeit der Konfuziusinstitute in Deutschland.

In Kuba gab es erneut Festnahmen und derzeit über 50 politische Gefangene, doch das Auswärtige Amt schweigt dazu. Nur gegenüber Nordkorea werden

es sollte eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der Außenpolitik dieser Jahre geben. Natürlich muss die Verteidigung gestärkt werden, mit der Erhöhung der Verteidigungskosten und einer neu belebten NATO. Wer den Frieden will, muss sich auf einen Angriff vorbereiten, denn nur glaubwürdige Abschreckung hält Diktatoren wie Putin oder Xi Jinping davon ab, Kriege zu beginnen. Ein Versagen darf dabei nicht vergessen werden, nämlich, die Ablehnung des Beitritts der Ukraine zur EU im Jahr 2008 durch die damalig Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundespräsidenten Walter Steinmeier. Damit haben CDU/CSU und SPD damals historisch versagt, und auch das muss aufgearbeitet werden. Die heute getöteten Menschen in der Ukraine könnten noch leben, hätten sie den Schutz der NATO gehabt. Wir sind in der Schuld dieses Landes und müssen deshalb „ohne Wenn und Aber“ die Ukraine unterstützen auch mit schweren Waffen. Wenn Massenmörder Putin siegt, ist auch unsere Freiheit in höchster Gefahr.

Anton Odenthal

# Ein Gymnasium des Kreises Bergstraße in Rimbach und die mediale Erinnerungskultur heute

Dokumentation über eine Ausstellung zum 17. Juni 1953 an der Martin-Luther-Schule

## Wie es dazu kam

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin hat anlässlich der 60. Wiederkehr des Volksaufstandes in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine Wanderausstellung gestalten lassen. Diese Tafeln erwarb ich und bot sie der Schulleiterin, OStD Beate Wilhelm, für eine Ausstellung an. Sie war sofort einverstanden und leitete das weitere Vorgehen ein.

## Die Vorbereitung

Lehrer des Fachbereiches 2 (Geschichte, Politik, Ethik) unter Leitung von StD Rolf Schlag sowie der Sprecher der Fachschaft Kunst, OStR Hans-Werner Meinberg wirkten an der Vorbereitung mit. Als Ausstellungsplatz wurde die Cafeteria ausgewählt. Wegen eines tragischen Unglücksfalles mußte die ursprünglich für den 19. Juni vorgesehene Eröffnung auf den 28. Juni verschoben werden. Der für die Öffentlichkeitsarbeit tätige Lehrer, StR Holger Giebel, hatte mit der Einladung an die örtliche Presse auch eine Berichtsvorlage geschickt. Für den südhessischen Bereich ist dies das ‚Starkenburger Echo‘ und für den nordbadischen die ‚Odenwälder Zeitung‘. Ich bekam diesen Bericht auf meine mehrmalige Bitte nicht. (Später habe ich erfahren, daß er für die Partei ‚Die Linke‘ kandidiert.)

## Der Ablauf

Die Teilnahme an der Veranstaltung war für die Schüler freiwillig. Von den 42 Schülern der Leistungskurse Geschichte waren **alle** anwesend. Nach der Begrüßung durch die Schulleiterin, sprach der Sprecher der Fachschaft Geschichte, StR Jens Gehron, einige einleitende Worte. Dann berichtete ich als Zeitzeuge aus meiner Erinnerung. Auf meine Frage, wer die Bedeutung des ‚17. Juni‘ kenne, meldete sich **niemand!** Von beiden Zeitungen waren Vertreter gekommen, die zahlreiche Fotoaufnahmen machten.

## Nachlauf

Da ich eine Dokumentation über die Ausstellung, insbesondere für die Bundesstiftung Aufarbeitung, verfassen wollte,

wartete ich auf die Berichte in den beiden Zeitungen. Nach 12 Tagen fragte ich schriftlich bei beiden Redaktionsleitungen an und bat gleichzeitig um Überlassung von Fotoaufnahmen (siehe Anhang). Von beiden erhielt ich **keine Antwort!**

Die hier beigefügten Fotoaufnahmen wurden privat gemacht. Dieses Unterdrücken der Berichte paßt zu Berichterstattung über den eigentlichen Gedenktag, welche der Odenwälder Zeitung eine Spalte ‚wert‘ war. Zur gleichen Zeit wurde über die Er-

öffnung einer Gaststätte eines ehemaligen Industrie-Kapitäns in Ludwigshafen ein Bericht mit mehreren Spalten gebracht.

Soweit der sachliche Bericht. Jeder Leser kann sich dazu seine eigene Meinung bilden.

Rimbach im November 2013

Wolfgang Lehmann  
64668 Rimbach, Tulpenweg 3  
Tel.: 0 62 53 – 73 34  
Mail: woleri@t-online.de



Begrüßung durch die Schulleiterin

Fotos: Wolfgang Lehmann



Aufmerksame Zuhörer

## Gedenkfahrt Tost/Toszek vom 10.–12. Juni 2022

Die dreitägige Gedenkfahrt zum ehemaligen NKWD-Lager wurde auf deutscher Seite von der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien, Sybille Krägel, sorgfältig geplant und bestens organisiert. Frau Krägel, seit 2015 Ehrenbürgerin der Stadt Tost wird in ihren Vorbereitungen durch den Deutschen Freundschaftskreis Tost e.V. (DFK), insbesondere durch Dorota und Michal Matheja sowie dem Bürgermeister von Tost Dr. Grzegorz Kupczyk und weiteren engagierten Bürgern tatkräftig unterstützt.

Wie wir alle wissen, war es bis 1990 für die wenigen Überlebenden nicht möglich über ihre Erlebnisse des Jahres 1945 im NKWD-Lager in Tost öffentlich zu sprechen, geschweige denn mit anderen Interessierten derartige Gedenkveranstaltungen durchzuführen. Erst nach der friedlichen Revolution 1989 hatten noch lebende Zeitzeugen, Angehörige von verstorbenen Insassen, und vor Ort engagierte Bürger und Angehörige der deutschen Minderheit, die Möglichkeit die traurigen und schmerzvollen Ereignisse in der Öffentlichkeit zu thematisieren.

Auf Initiative des 1990 gegründeten Bürgerkomitees in Toszek u.a. durch den Physikprofessor Józef Musiolok, emeritierter Dekan der Universität von Oppeln/Opole, wurde 1991 ein Holzkreuz und eine kleine Gedenktafel in der Nähe der Massengräber aufgestellt. Die erste Gedenkfahrt mit Überlebenden und Angehörigen aus Deutschland fand 1993 statt. Mit den Jahren entwickelte sich ein sehr freundschaftliches Verhältnis und die anfängliche Befürchtung, dass unversöhnliche Deutsche anreisen würden, legte sich alsbald.

1998 wurde in unmittelbarer Nähe zu den Massengräbern der mindestens 3000 verstorbenen Insassen ein würdevoller Gedenkort eingerichtet. Der Gedenkstein mit zweisprachiger Inschrift ist umrahmt von ganzjährig grünen Bepflanzungen. Seit 2020 gewähren die Gedenkfahrten den Angehörigen und Interessierten auch bspw. einen Einblick in das gesellschaftlich-partizipative Leben der deutschen Minderheit in Polen, indem auch andere Stätten und Einrichtungen ergänzend aufgesucht werden.

So wurde unsere buntgemischte Reisegruppe an ihrem ersten Tag, nach einer nicht ganz staufreien Hinfahrt ab Dresden von Vertretern des DFK, dem Bürgermeister von Toszek u.a. sehr herzlich empfangen. Nach dem Mittagstisch besichtigten wir gestärkt die nahegelegene Schloss- und Parkanlage Plawniowicz/Plawniowice, die auch das Bildungs- und Exerzitions Haus der Diözese Gleiwitz/Gliwice beherbergt. Der letzte Besitzer des Schlosses Nikolaus Graf von Ballestrem flüchtete vor der heranrückenden Roten Armee. Sein Besitz wurde konfisziert, unter polnische Verwaltung gestellt, verstaatlicht und dem Zerfall preisgegeben. Ab 1993 wurde das nun unter Denkmalschutz stehende Schloss u.a. auch mit Geldern des deutschen Innenministeriums stufenweise restauriert. Die Räumlichkeiten mit Kapelle, Konferenzsaal, Gästezimmer und Gastronomie werden gerne für Veranstaltungen, Symposien u.a. genutzt. Heute kümmern sich drei/vier Bürger liebevoll um das Schloss und die Parkanlagen. Beides befindet sich in einem sehr guten Zustand, und ein Besuch lohnt sich allemal.

Der nächste Programmpunkt war eine ökumenische, zweisprachige Andacht in der Schlosskapelle. Aber die Freunde vor Ort überraschten uns auch noch mit einem sich direkt anschließenden wundervollen Konzert des Jugendchors „Con Colore“ vom DFK, geleitet von Karina Kupczyk, unterstützt durch einen professionellen Bariton, einer Violinistin, Cellistin und Klarinetistin. Die Akustik der Schlosskapelle war phantastisch und alle waren begeistert.

Auch an unserem Hotel in Laband/Łabędy erwartete uns schon – da wie immer leicht verspätet – der geduldige Zeitzeuge Piotr Basan, der nach 1945 mit seiner Familie dort verblieben ist. Nach einem reichhaltigen abendlichen Drei-Gänge-Menü berichtete Piotr Basan von dem ehemaligen NKWD-Lager in Laband, welches von Februar 1945 bis 1946 bestand, über das es leider nur wenige Erkenntnisse gibt.

Auch von den insges. 28 NKWD-Lagern östlich von Oder/Neiße sind Details bisher nur über Tost und Landsberg/Warthe bekannt. Das Lager bestand aus normalen, natürlich massiv überfüllten Wohnhäusern, die von Wachtürmen und einem 8-fach gewickelten Stacheldraht umzäunt waren. Anfangs mussten sich hier Männer zwischen 17 und 55 Jahren zur Arbeit melden, später wurden hier auch Menschen aus ganz Schlesien interniert und zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Die konkrete Anzahl der Internierten, Verstorbenen und Deportierten ist bis jetzt nicht wissenschaftlich belegt. Auf Initiative von Piotr Basan u.a. wurde 1997 eine Gedenktafel und am 13. Februar 2010, zum 65. Jahrestag der Gründung des Lagers ein Gedenkstein auf dem Gelände der Kirche St. Jerzego/St. Georg in Laband eingeweiht. Am folgenden Tag gedachten wir der Opfer am Gedenkstein. Es wurden zwei sehr schöne Blumenschalen am Gedenkstein platziert – eine vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, eine von unserer Reisegruppe sowie ein Strauß weißer Lilien von Reinhard Klaus/Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–50.

Bevor wir zur Gedenkstunde nach Tost führen, besuchten wir noch den Sender Gleiwitz, das Deportationsmuseum in Radzionkau/Radzionkow und die Psychiatrie von Toszek, die damals als NKWD-Lager genutzt wurden. Der Sender Gleiwitz dürfte allen bekannt sein als Auslöser des Zweiten Weltkrieges. Zu NS-Zeiten inszenierte ein SS-Kommando in polni-



Gedenktafel des Bürgerkomitees Toszek von 1991

schen Uniformen einen Überfall auf den damaligen in der Grenzregion gelegenen Sender Gleiwitz, heute Gliwice. Von 1950 bis 1956 wurde von hier aus der Sender Freies Europa mit einem Störsignal beeinträchtigt. Seit 2009 wurde der – auch als Eiffelturm bezeichnete – Sendeturm aus Lärchenholz restauriert und befindet sich heute inmitten einer Parkanlage, die bei schönem Wetter zum Verweilen einlädt.

Der Besuch des Deportationsmuseums in Radzionkow war interessant und für einige geradezu überwältigend. Immer wieder stellt man sich natürlich die Frage, wie die Deportationen zum Ende des Zweiten Weltkrieges den Unwissenden und vor allem jüngeren Generationen vermittelt werden können. Das 2015 eröffnete Museum befindet sich in einem ehemaligen Bahnhofsgelände, direkt vor dem Museum wurde ein Waggon aufgestellt. Die Eintrittskarte ist einem alten Zugticket nachempfunden, wobei mehrere Anfahrtsorte in der Sowjetunion angegeben sind. Für einige Besucher eventuell erklärend, aber natürlich nicht authentisch im Hinblick auf die Deportationen.

Die Räume im Museum sind nicht sehr groß, darum werden viele Inhalte mittels medialer Inszenierungen dargestellt. Das „Highlight“ der medialen Inszenierung ist ein nachgebautes Zugwaggon. Die Besuchergruppe geht in den Waggon, und auf einmal verkleinert sich der Waggon, indem eine Wand verschoben wird bis die Gruppe dicht gedrängt stehen muss. Und dann geht die Reise/Deportation los: es rattert, es pufft, es rumpelt und an uns ziehen die weißen Weiten der Sowjetunion vorüber. Und da war sie wieder die Diskussion um eine würdige, nachvollziehbare Darstellung eines eigentlich unfassbaren und unmenschlichen Ereignisses. Für einige war es so aufwühlend, dass sie Tränen in den Augen hatten. Andere waren begeistert und fanden, dass man durch diese Inszenierung zumindest ansatzweise ein Gefühl für die körperlichen und seelischen Qualen der Deportierten bekommen hat. Mich persönlich übermannte es und ich dachte nur, ich will hier raus, ich will sterben, ich will nicht überleben. Das sind freilich sehr subjektive Eindrücke. Man muss allerdings der Museumsreferentin zugutehalten, dass sie uns vorgewarnt hat, und somit alle freiwillig in den Zug gestiegen sind. Sehr gelungen ist die Einbindung der betroffenen Besucher. Eine einst leere Wand wurde im Verlauf der letzten sieben Jahre mit zahlreichen Fotos von deportierten Angehörigen gestaltet. Ein letzter Kritikpunkt aus deutscher Sicht sind die fehlenden deut-

schen Übersetzungen, die vielleicht bei einem späteren Besuch schon ergänzt sein werden.

Als Nächstes besuchten wir das Gelände der Psychiatrie von Toszek, deren Gebäude damals als NKWD-Lager genutzt worden sind. Wir hatten das große Glück, dass ein Reiseteilnehmer, der mittlerweile 92-jähri-

ge Zeitzeuge Horst Köhler, unseren Fragen gegenüber sehr aufgeschlossen war. Nun zum ersten Mal wieder an diesem Ort der traurigen Erinnerungen erzählte er, dass er als 15-Jähriger wegen Werwolfverdachts in Radeberg verhaftet und mit einem der drei Transporte von Bautzen nach Tost kam. So berichtete er, dass er für die Zeit der Quarantäne zunächst in der Kapelle (siehe Foto) mit insgesamt 500 Menschen interniert war und es gab nur eine Wassertoilette und einen Pisskübel. Danach war er mit 250 Menschen unter gleichen Bedingungen inhaftiert. Die Fenster waren braun gestrichen und ließen keine Aussicht nach draußen zu. Täglich mussten sie weite Strecken zu Fuß zurücklegen, und vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang Zwangsarbeit auf den Felder leisten, indem sie z.B. Unkraut und vor allem Disteln entfernten, Kartoffeln ausgruben, Bäume fällen und ins Lager zurück schleppen mussten. Sie bekamen nichts zu trinken und nichts zu essen. Abends, nach langem Fußmarsch, zurück im Lager erhielten sie dann eine Wassersuppe, in der Maden schwammen. Einige sammelten die Maden raus und tranken sie, andere kippten sie weg. Die Stacheln der Disteln in den Händen entzündeten sich und konnten zu Blutvergiftungen und letztlich zum Tode führen. Es gab zwar ein Lazarett und Ärzte, aber keine Medikamente und medizinische Geräte. In der Regel kam man aus dem Krankenhaus – auch Sterbehalle genannt – nicht mehr lebend raus. Die Toten wurden täglich in Massengräbern verscharrt. Nur einer der 60 Jugendlichen verstarb hier, aber die Kameraden durften ihn wieder aus dem Massengrab herausholen und ihn in einem Einzelgrab bestatten. In regelmäßigen Abständen wurden die Gefangenen entlauset. Die Kleider wurden in den Öfen

geräuchert und die Leiber mit in Petroleum getränkten Tüchern abgetupft. Bei der anschließenden Dusche perlte aber das Wasser nur ab, und anschließend mussten sie wieder die alte, geräucherzte Kleidung anziehen. Die Bewacher des Lagers waren sowjetische Soldaten zweiten Ranges. Das bedeutet, sie waren in deutschen Lagern inhaftiert gewesen. Nach sowjetischem Verständnis haben sie sich gefangen nehmen lassen, mussten sich daraufhin bewähren, bekamen dann wieder eine Uniform und ließen nun ihren Frust als Soldaten ersten Ranges an den Internierten aus. Während der Feldarbeit wurden viele Gefangene misshandelt und gedemütigt. So berichtete Horst Köhler, die Wachleute haben den Gefangenen Frösche und Mäuse in die dann abgebundenen Hosenbeine getan. Waren diese zum Feierabend nicht mehr in den Hosenbeinen, gab es Prügel.

Horst Köhler wurde nicht in Tost entlassen. Er musste weiter nach Graudenz/Westpreußen und von dort im Januar 1946 mit knapp 2000 anderen Häftlingen nach FÜNFEICHEN/Neubrandenburg, wo er bei der Auflösung des Lagers im Spätsommer 1948 entlassen wurde. Er erzählte, die schlimmste Zeit seiner Gefangenschaft war die Zeit im NKWD-Lager Tost. Für alle war es ein besonderes Erlebnis den Berichten des Zeitzeugen Horst Köhler zu lauschen.

Bei der Auflösung des NKWD-Lagers Tost im Dezember 1945 waren einige Menschen nicht mehr kräftig genug für einen Weitertransport nach Graudenz/Westpreußen. Etwa 800 Häftlinge „durften“ nach Hause. Die Infrastruktur war aber größtenteils zerstört, es gab kaum Transportmöglichkeiten. Viele brachen gleich vor dem Tor des Lagers zusammen. Einige deutsche Bürger nahmen diese Menschen



Gedenkstein für das Internierungslager in Laband

© 2022 UOKG





Kapelle der Psychiatrie, Horst Köhler im Gespräch mit Sybille Krägel © 2022 UOKG

zu sich nach Hause, was strafwürdig in den Augen der Sowjets war, und pflegten sie. Manche dieser Entlassenen wurden auch von barmherzigen Schwestern des Orden der Borromäerinnen aufgenommen. Kaum einer hat überlebt, aber diese Verstorbenen wurden zumindest in geweihter Erde auf dem Friedhof begraben, und ihre Namen sind auf einer Gedenktafel verewigt. Auch hier haben wir im Gedenken an die Verstorbenen eine schöne Blumenschale platziert.

von Opfern. Weiterhin nahmen an der würdevollen Gedenkstunde einige Honoratioren mit einem Redebeitrag teil, wie die deutsche Konsulin Birgit Fisel-Rösle, der Vorsitzende der Woiwodschaft Opole Rafał Bartek, der frühere Bürgermeister der Partnerstadt Hohenau Eduard Schmid und selbstverständlich der Bürgermeister von Toszek Dr. Grzegorz Kupczyk.

Sybille Krägel, seit 2002 Organisatorin der Gedenkfahrten, hielt eine einfüh-

## Gedenkstunde

Bei strahlendem Sonnenschein fand am 11. Juni 2022 um 17 Uhr die Gedenkstunde für die ca. 3.000 verstorbenen Insassen des NKWD-Lagers Tost am Gedenkstein in der Nähe der Massengräber statt. Das NKWD-Lager hatte von Mai bis Mitte Dezember 1945 existiert. die Zahl der Insassen betrug ursprünglich 4.500 Menschen.

Eingangs begrüßte Dorota Matheja alle Anwesenden, insbesondere den Zeitzeugen Hort Köhler und die Angehörigen

same Rede im Gedenken an alle 4.500 Menschen, die unter unmenschlichen Bedingungen interniert und zu zwei Dritteln das Lager nicht mehr lebend verlassen konnten.

Auch hat Sybille Krägel eine aussagefähige Datenbank mit über 4.500 Namen der Häftlinge in 30 Jahren Aufarbeitung gesammelt und angelegt, so auch Erlebnisberichte von Häftlingen bzw. Berichte von verwaisten Angehörigen.

Aus einem Büchlein mit Tagebuchnotizen eines Überlebenden zitierte sie ein Gebet, welches auf dem Bahnhof von Lissa bei Breslau entstanden ist, einer der Transporte hielt dort. Damals begannen die Glocken zu läuten, eine fast sonntägliche Stimmung kam auf – und spontan entstand so etwas wie ein improvisierter Gottesdienst mit diesem unvergesslichen Gebet:

„Gott verlässt die Seinen nicht!  
Nach dem Seufzen, nach dem Weinen  
lässet er das schöne Licht  
Seiner Gnadensonne scheinen.  
Und wir werden aufgerichtet.  
Gott verlässt die Seinen nicht.“

Angesichts der aktuellen Kriegsereignisse mitten in Europa verwies Sybille Krägel auf die dortige Situation mit folgenden mahnenden Worten: „Es sind immer wieder die Menschen, die seine Zeichen nicht verstehen wollen – wie aktuell in der Ukraine. Und 77 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges, 77 Jahre nach Einrichtung des NKWD-Lagers Tost, tobt wieder ein unsäglicher Krieg nicht weit von hier in der Ukraine, und zwar sehr bedrohlich an der Ostgrenze von Polen. Wir fühlen mit den Ukrainern, deren Heimat zerbombt wird, deren Menschen getötet, und deren Menschen wiederum in russische Lager verschleppt werden.“

Abschließend wurden die zahlreichen Kränze, Gestecke, Blumenschalen und Sträuße platziert und gerichtet. Unsere deutsche Reisegruppe hat mit ihrem Reisebeitrag einen prächtigen Kranz finanziert. Weiter haben die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge schöne Kränze in Auftrag gegeben. Auch die Konsulin und die anderen Honoratioren legten würdevolle Blumen nieder, sodass der Gedenkstein von Blumen umrahmt wurde. Hier einen herzlichen Dank an den DFK Tost für die stets so gut gepflegte Gedenkstätte.



Gedenktafel mit den Namen der entlassenen Verstorbenen, die die Heimreise nicht mehr antreten konnten © 2022 UOKG

Die Gedenkstunde wurde musikalisch umrahmt von der Blaskapelle Tost unter der Leitung von Patryk Henkel. Und zur Freude aller wurde für uns sogar wieder das Erzgebirge-Lied „S's Feierobnd“ intoniert. Eine Referenz an die fast 200 Erzgebirger, die hier gelitten haben.

Bevor wir am nächsten Tag wieder zurück nach Dresden fuhr, wollten wir eigentlich noch das neue Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deutschen in Polen mit einer Führung besichtigen. Aber leider wurde der Eröffnungstermin bereits zweimal, nun in den September 2022 verschoben. Trotzdem war die Leiterin des zukünftigen Museums Veronika Wiese so freundlich und traf sich mit uns. Wir traten in einen regen Austausch über die Darstellung der Deutschen auf dem heutigen Gebiete Polens und die damit verknüpften Differenzen und der verschiedenen Beteiligten. Die Initiative zum Museum ging von dem Runden Tische der Deutschen in Polen im Jahre 2011 aus. Dort wurde der Beschluss gefasst eine Präsentation der Geschichte in musealer Form umzusetzen. Dies wurde dann 2018 im Koalitionsvertrag zwischen der politischen Vertretung in Oppeln und der deutschen Minderheit festgehalten. Verwaltungstechnisch fungiert das Museum als Kultureinrichtung und der Träger ist der Verband der Sozio-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen. Auf 250 qm soll die Geschichte der Deutschen ausgehend vom Mittelalter chronologisch dargestellt werden. Dass das eine große Herausforderung ist, erklärt sich von selbst. Das Team des Museums wird bei den inhaltlichen Vorbereitungen von verschiedenen

Experten und Autoren u.a. aus Kattowice und Danzig unterstützt. Wir wünschen allen Beteiligten viel Kraft, und freuen uns das Museum dann bei einer weiteren Gedenkfahrt besichtigen zu können.

Als Abschluss führte uns dann noch die Stadtführerin Ewa Czezcior mit teilweise sehr lustigen Anekdoten kenntnisreich durch Oppeln. Geschafft, aber glücklich setzten wir uns danach in ein Restaurant am Ring, wo wir wahlweise einen Eisbecher oder Piroggen bei einem kühlen Getränk wohlverdient genossen.

Zusammenfassend ist hinsichtlich der deutschen Minderheit in Polen festzuhalten, dass die Bürger von Tost sehr viel Glück haben mit ihrem Bürgermeister Dr. Grzegorz Kupczyk, der ihnen seine vielfältige Unterstützung in all ihren Belangen zukommen lässt. Aber natürlich gibt es auch Probleme. So wurde bereits vor Jahren ein Antrag bei der polnischen Regierung in Warschau gestellt, auf den Ortschaften auch die alte deutsche Bezeichnung zu vermerken. Bis jetzt wurden in 29 Gemeinden die Schilder zusätzlich mit den deutschen Bezeichnungen errichtet. Seitdem aber die Kaczyński-Partei regiert, reagiert das Innenministerium auf die weiteren Anträge nicht. Es handelt sich zum Beispiel um einige Dörfer in der Gemeinde Groß Strehlitz/Strzelce Opolskie, auch um zwei Gemeinden um Ratibor/Racibórz. Ein weiteres aktuelleres Problem stellt die Reduzierung des Deutschunterrichts von drei auf eine Stunde pro Woche dar. Davon ist nur die deutsche Minderheit betroffen. Dabei wird wohl oft vergessen, wie viele junge Polen in Deutschland lernen, studie-



Gedenkstunde, (v.l.n.r.): Dorota Matheja, Sybille Krägel  
© 2022 UOKG



Kränze von der Reisegruppe (links) und der UOKG e.V.  
(rechts)  
© 2022 UOKG

ren und arbeiten. Es könnte für alle von Nutzen sein.

Die Gastfreundschaft unserer Freunde in Polen nahm kein Ende, und sie überraschten uns nun ein letztes Mal mit dem leckersten schlesischen Mohn- und Streuselkuchen, der sich wie von Zauberhand auf einmal im Bus befand. Schon allein dafür lohnt es sich, an einer dieser ereignis- und erlebnisreichen Gedenkfahrten nach Tost/Oberschlesien teilzunehmen.

Wir, die buntgemischte und vielfältige Reisegruppe, insbesondere natürlich Sybille Krägel mit ihrer Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien danken herzlichst dem Sächsischen Staatsministerium des Innern – dem Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler – und der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED Diktatur für die finanzielle Förderung der Gedenkfahrt nach Tost im Jahr 2022.

Wir hoffen und beten, dass durch ein länderübergreifendes Gedenken eine Wiederholung derartiger unmenschlicher Ereignisse alsbald unmöglich sein wird.



Reisegruppe u.a. (v.l.n.r.): Gerhard Ciolek, Bärbel Klaus, Józef Musiolok, Cornelia Kurtz, Peter Erler, Sandra Czech, Friedemar Hentsche, Ulrike Hähnel, Sybille Krägel, Rudolf Lehle, Lutz Kermes, Reinhard Klaus, Martin Matschull, Helfried Matschull, Sybille Dreher, Heinz Zeuke, Karin Leberwurst, Gisela Hinze, Thomas und Britta Fuchs, Sybille Henker, Bernd Haufe, Gerd Schaffrath  
© 2022 Michal Matheja

## Fundstück – Der Rosienenbomber von Berlin-Neukölln

Gail Halvorsen war während der Berliner Luftbrücke zwischen Juni 1948 und Mai 1949 der erste Pilot, der vor der Landung auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof im US-Sektor Berlins für die dort neugierig auf kleinen Trümmerbergen auf der Neuköllner Seite wartenden Kinder an kleinen Fallschirmen befestigte Süßigkeiten abwarf. Da war Halvorsen 28/29 Jahre alt.

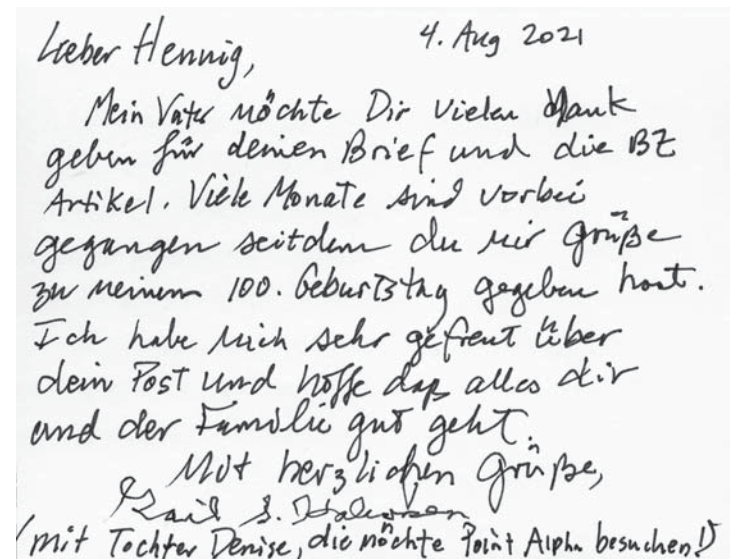
Im Juni 2013 besuchte Halvorsen im Alter von 93 Jahren erstmals die Gedenkstätte Point Alpha. Der Autor begleitet ihn durch die Gedenkstätte. Es war eine menschlich großartige Begegnung. Gail vor seiner Abreise zum Autor dieser Zeilen: „It was a wonderful day and it is a very interesting place. You're a good boy...“

Die Gedenkstätte, errichtet im ehemaligen gleichnamigen US-Stützpunkt Point Alpha, befindet sich in der Rhön zwischen Thüringen und Hessen. Das vorgeschobene Gelände wird als „Thüringer Balkon“ bezeichnet. Hier rechnete die NATO mit einem militärisch-strategischen Durchbruch der Sowjets im Kriegsfall. Point Alpha war zugleich der am weitesten vorgeschobene militärische Beobachtungsposten der US-Armee an der innerdeutschen Grenze. Er reichte unmittelbar an die innerdeutsche Grenze heran. Die Aufgabe der US-Soldaten war es, einen etwaigen militärischen Vorstoß der sowjetischen Armee frühzeitig zu erkennen und den Posten zu verteidigen. Das sogenannte Fulda-Gap (Fulda-Lücke) galt

geographisch als geeignetes Gelände für den Vorstoß größerer Panzerverbände.

2020 wurde Halvorsen 100. Jahre alt. Zahlreiche Gratulanten schrieben ihm, Zeitungen berichteten. Seine Tochter Denise und Gail beantworteten alle Briefe und Glückwünsche. Am 16.02.2022 starb Gail Halvorsen im Utah Valley Hospital in Provo mit 101 Jahren, und wo er in Locust Lane Provo bis zuletzt bei seiner Tochter Denise lebte. Er erhielt zahlreiche Ehrungen, eine Berliner Schule trägt seinen Namen.

Informationen zur Gedenkstätte Point Alpha Stiftung – FÜR EIN EUROPA IN FRIEDEN UND FREIHEIT unter: <https://www.pointalpha.com/>



Gail Halvorsen, mitte, im Juni 2013 – zu Besuch im ehemaligen US-Stützpunkt Point Alpha an der innerdeutschen Grenze – heute Gedenkstätte.

Denise und Gail 2021 – Rückantwort zum 100. Geburtstag

## Aus meinen Lebenserinnerungen – ‚Bausteine (m)eines Lebens‘

### Spätes Wiederfinden

Bald nach dem Fall der Mauer 1989 gründeten ehemalige Häftlinge der 10 sowjetischen Speziallager auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Vereine, um das Geschehene festzuhalten und die Erinnerung daran für die Nachwelt zu bewahren. Mit dem berüchtigten GULag-System hatten die Sowjets Ihre eigene Bevölkerung 70 Jahre lang in Angst und Schrecken gehalten. Das übertrugen sie nun auch auf die von ihnen besetzten Gebiete. Schon im April 1945, noch vor dem Abschluss des Waffenstillstandsabkom-

mens am 8. Mai 1945, begannen sie, in Ketschendorf, das heute zu Fürstenwalde gehört, mit dem Einrichten des ersten Lagers, das dann später die Nr. 5 erhielt.

Während der Zeit der ‚Deutschen Demokratischen Republik (DDR)‘ versuchte man von staatlicher Seite mit allen Mitteln, die Kenntnis über die Lager und die Erinnerung daran auszulöschen. Fast die gesamte Bevölkerung, ja selbst die Betroffenen schwiegen. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft dauerte es bis zum März 1990, ehe Überlebende des Speziallagers Ketschendorf

in Fürstenwalde einen Verein gründeten, dem sie den Namen ‚Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e. V.‘ gaben. Schnell wurde klar, dass kein Beteiligter in der Lage war, die Geschichte des Lagers aufzuarbeiten. So beauftragte man das Historiker-Ehepaar Jan und Renate Lipinsky damit. Das Ergebnis deren Arbeit erschien als Buch 1998 im Kremer-Verlag (ISBN 3803049-9-X) und ist seit langem vergriffen.

In ihm sind die Schicksale der 315 Häftlinge, die von etwa 10.000 für noch arbeitsfähig befunden wurden und am

31. Januar 1947 den Weg nach Sibirien antreten mussten nicht beschrieben. Das holte dankenswerterweise unser Lagerkamerad Dr. Werner Teltow aus Berlin nach. Er ermunterte die ‚Sibiriaken‘, ihre Erinnerungen aufzuschreiben. 14 folgten seinem Ruf. Dazu gehörte ich. Ergänzt mit Daten, die das ‚Deutsche Rote Kreuz‘ vom Suchdienst zur Verfügung stellte, wurde 2002 das Buch ‚Pelzmützentransport‘ herausgegeben. Da man in Deutschland keinen Verlag fand, ließ man es bei Athesiadruck in Bozen (Südtirol) drucken. Deshalb hat es keine deutsche ISBN.

Auch dieses Buch war bald vergriffen. Beide Bücher werden im Netz-Zweitmarkt derzeit nicht angeboten. Und als ich mein Buch erhielt, war ich sehr gespannt, was die anderen Kameraden aufgeschrieben haben. Kurz, bevor ich am Abend, innerlich noch sehr aufgewühlt, zu Bett gehen wollte, klingelte das Telefon. Eine aufgeregte Männerstimme sagte; „Ich habe gerade gelesen, was Du geschrieben hast.“ Ich unterbrach ihn: „Wer sind Sie eigentlich und woher rufen sie an?“ „Ach so, Entschuldigung! Herbert Scherner aus Memmingen.“ „Das muss ein Irrtum sein. Ich kenne keinen Herbert Scherner.“ „Doch, doch, es geht um das Buch ‚Pelzmützentransport!‘“ Da gingen bei mir selbstverständlich sofort ‚die Antennen heraus‘. Ich hatte in meinen Bericht

einen Vorfall auf der Fahrt beschrieben, an den er sich auch genau so erinnern konnte. Wir waren also im selben Waggon zusammen. Kurz nachdem ich aufgelegt hatte, klingelte es wieder. „Ich bin es noch einmal. Wo hast Du denn im Waggon gesessen?“ Wegen der zahlreichen Menschen konnte man sich nicht legen, sondern nur sitzen oder stehen. „Direkt neben der Pißrinne.“ (Drei Bretter, u-förmig zusammengena-gelt, steckten in einem Loch der Außenwand.) „Dort habe ich auch gesessen!“ Da haben wir vier Wochen lang dicht an dicht gehockt und wussten unsere Namen nicht. Ich hatte mich in den großen Luftwaffenmantel wie in ein Schneckenhaus eingerollt und völlig ‚abgeschaltet‘. Den hatte ich in Ketschendorf im Januar 1947 erhalten, als ich meine Kleidung abgeben musste, die ich seit dem 24. Oktober 1945 tags und nachts getragen hatte und die niemals gewaschen worden war. Dann erwähnte er noch, dass ich so viele Namen in meinem Bericht genannt hatte, darunter Manfred Töpel, der in Henningsdorf sein Fähnleinführer gewesen war. „Lebt der noch,“ fragte ich? „Ja, in Berlin.“

Am nächsten Tag wählte ich die Rufnummer in Berlin und sagte ganz langsam: „Hier spricht Wolfgang Lehmann“.

Jetzt sollte man langsam weiterlesen!

Da sagte die Stimme am anderen Ende: „Doch nicht etwa der aus Sibirien?“ Und das nach 53 Jahren! Bei meiner nächsten Reise nach Berlin besuchte ich Manfred. Am 28. November 2002 lagen sich nach 53 Jahren zwei alte Männer weinend in den Armen.

Manfred hatte einen ‚verschlungenen‘ Lebensweg hinter sich. Seine Erfüllung hatte schließlich er als Physiotherapeut gefunden. Bekannte Namen befanden sich unter seinen Patienten. So befreite er Hildegard Knief von ihrer Drogensucht und der Radrennfahrer Eddy Merckx war sein Stammkunde. Manfred schrieb mehrere Bücher, für deren Vertrieb er eigens einen Verlag gründete. Im Buch ‚Hände helfen heilen‘ hat er seinen Erfahrungsschatz als Physiotherapeut der Nachwelt hinterlassen.

Bis zu seinem Tod am 30. Mai 2009, er wurde 82 Jahre alt, habe ich ihn bei jeder Berlinreise besucht.

Auch mit Herbert Scherner war ich bis zu seinem Tod am 14. Mai 2011, er wurde 83 Jahre alt, freundschaftlich verbunden und halte die Verbindung zu seiner Ehefrau Edeltraut immer noch aufrecht.

Manfred Lehmann:

Aus der Erinnerung aufgeschrieben  
im Juli 2020 im 92. Lebensjahr

## Wie sich Deutschland freiwillig finnlandisierte

Angesichts der kritischen Lage, in der sich die deutsche Energieversorgung seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine befindet, begann in Deutschland eine seit vielen Jahren fällige kontroverse Diskussion. Denn mit den Einfuhren von Erdgas, Öl und Kohle aus Russland finanziert Deutschland im erheblichen Maße Putins Krieg gegen die Ukraine, aktuell mit etwa 200 Millionen Euro pro Tag. Die Kosten des russischen Krieges werden dagegen auf etwa 20 Millionen Euro pro Tag geschätzt. Deutschland hat sich, besonders durch die vielgepriesene „ökologische Energiewende“ auf unbestimmte Zeit fast vollständig von Importen der Energieträger aus Russland abhängig gemacht. Die Lage Deutschlands ist höchst prekär und peinlich, und sie wird in verbündeten Staaten zunehmend kritisch bewertet. In Deutschland suchen Politiker aller Regierungsparteien sowie der CDU/CSU nach Rechtfertigungen, um Fehler ihrer Parteien in der

Vergangenheit in Sachen Energiepolitik wegen des angeblich nicht vorhersehbaren Krieges Russlands gegen die Ukraine klein zu reden oder auf eine andere Partei abzuwälzen. Dagegen versuchen sich ausländische Beobachter in tiefgründigen Analysen des Zustandes der Abhängigkeit von Russland, in die sich Deutschland in vergangenen Jahrzehnten selbst gebracht hat.

So erschien am 23.04.2022 in der finnischen Zeitung „Etelä-Suomen Sanomat“, deutsch „Südfinnische Nachrichten“, ein zweiseitiger Beitrag des finnischen Historikers Antero Holmila mit dem Titel „Als Deutschland sich finnlandisierte“. „Finlandisierung“ war der abwertende Begriff, mit dem in der Zeit des Kalten Krieges außerhalb Finnlands die politische Situation beschrieben wurde, in der sich Finnland nach dem 2. Weltkrieg befunden hat. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten, die

nach dem 2. Weltkrieg der sowjetischen Einflusszone angegliedert wurden, ihre Souveränität verloren und als sogenannte „volksdemokratische Staaten“ das politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion übernehmen mussten, behielt Finnland den Status eines selbständigen Staates, allerdings von der Gnade Moskaus und unter erheblichen Gebietsabtretungen an die Sowjetunion. Finnland musste nicht nur politisch neutral und blockfrei sein, es musste auch in der Innenpolitik, in den Medien und in der Kultursphäre den Vorgaben des großen Nachbarn Folge leisten. Von solchen Restriktionen abgesehen blieb Finnland politisch und wirtschaftlich unabhängig. Die Sowjetunion behielt sich aber vor, sogar auf die Besetzung von politischen Spitzenpositionen in Finnland direkten Einfluss zu nehmen. Hinzu kam die Verpflichtung Finnlands die Wirtschaft auf die Belange Russlands auszurichten, was allerdings in manchen Bereichen



Finnland zum Vorteil gereichte. Die Finlandisierung äußerte sich insbesondere in einer Selbstzensur, der sich Medien, Politiker, Universitätsprofessoren, Bürger in gehobenen Positionen auferlegten, um Konflikte mit der Sowjetunion zu vermeiden. Es wurde streng darauf geachtet, keine Informationen zu verbreiten, die das Ansehen der Sowjetunion schädigen könnten. Dieser Zustand permanenter politischer Einflussnahme und Erpressung Finnlands seitens des großen, atomar gerüsteten Nachbarn dauerte bis zum Untergang der Sowjetunion im Jahre 1991, und ist erst in den letzten Jahren in Finnland zum Gegenstand öffentlicher Diskussion und Kritik geworden, befeuert durch die expansive Politik Putins. Dabei wird oft die Frage aufgeworfen, ob sich finnische Spitzenpolitiker mehr als unbedingt nötig der Sowjetunion angebeidert hatten.

Finnland ist somit das Land, in welchem es am besten bekannt sein muss, worin die von der Sowjetunion erzwungene Finlandisierung bestanden hatte und wie sie sich in der Politik und im gesellschaftlichen Leben äußerte. Wenn also von dort der Vorwurf erhoben wird, Deutschland habe sich im Gegensatz zu Finnland freiwillig finlandisiert indem es sich Russland übermäßig anbiederte und sich ohne einen äußeren Zwang in eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland begeben hat, müssen in Deutschland Alarmglocken läuten.

Der Begriff „Finlandisierung“ hatte in der Bundesrepublik Ende der sechziger und in den siebziger Jahren Konjunktur. Er wurde besonders von dem CSU-Politiker Franz Josef Strauß als ein Kampfbegriff gegen die von Willy Brandt eingeleitete Politik der Annäherung Deutschlands an die DDR die Sowjetunion und die Ostblockstaaten verwendet. „Wandel durch Annäherung“ und „Wandel durch Handel“ waren die meist verwendeten Lösungen der SPD-Entspannungspolitik. Strauß befürchtete, dass eine zu starke Annäherung Deutschlands an den Ostblock eine Vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft bis hin zur Neutralität Deutschlands zur Folge haben könnte. Die von der Sozialdemokratie damals angestrebte Vereinigung Deutschlands als eines neutralen Staates hätte aber, so die Befürchtung von Strauß, eine Unterordnung Deutschlands unter die Belange der Sowjetunion zur Folge, mithin eine Finlandisierung Deutschlands in dem oben für Finnland beschriebenen Sinne.

Nach Meinung des finnischen Historikers Antero Holmila hat die in den Folgejahren praktizierte Entspannungspolitik in der Tat zur weitgehenden Finlandisierung Deutschlands auf freiwilliger Basis geführt. Die Stimmung, der Sowjetunion nicht weh tun zu dürfen, habe sich besonders durch die deutschen Schuldgefühle aufgrund des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion und des Holocausts etabliert. Diese Haltung sei nach dem Zerfall der Sowjetunion auf Russland übertragen worden, wobei meist ignoriert wurde, dass neben dem russischen Volk auch die Völker der anderen einst der Sowjetunion angehörenden Staaten einen hohen Blutzoll im Zweiten Weltkrieg entrichten mussten. In politischen Kreisen, besonders der Linken, der SPD, später auch der AfD, dominierte ein Verständnis für die Interessen Russlands, wobei meist die Interessen der Nachbarstaaten Russlands vernachlässigt wurden.

Die durch Schuldgefühle, besonders aber durch wirtschaftliche Interessen bedingte Annäherung Deutschlands an Russland war auf Seiten Deutschlands von dem trügerischen Glauben an einen russischen „Wandel durch Handel“ begleitet, den Glauben an eine Demokratisierung Russlands, der aber spätestens 2005 hätte angezweifelt werden müssen, als Putin den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“ bezeichnet hat. Eine solche Diskussion fand aber in Deutschland nicht statt. Stattdessen wurde die wirtschaftliche Kooperation Deutschlands mit Russland immer weiter vertieft, bis hin zu einer fast vollständigen Abhängigkeit Deutschlands vom russischen Gas und Öl. Ohne russisches Gas und Öl würden in Deutschland die meisten Wohnhäuser kalt werden und die Chemieindustrie zusammenbrechen. Diese Abhängigkeit hat sich durch das unter der Kanzlerin Merkel beschlossene Abschalten der Kernkraftwerke und den „ökologischen Umbau“ der Energieerzeugung weiter verschärft. Denn die deutsche „Energie-wende“ mit gleichzeitiger Abschaltung von Atom- und Kohlekraftwerken ist nur realisierbar, wenn für den Grundlastbetrieb Gaskraftwerke verwendet werden.

Zu der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland kam die weitgehende Entmilitarisierung Deutschlands hinzu, weil sich die Meinung durchsetzte, dass Deutschland keine Feinde hat. Die Bundeswehr wurde auf ein Minimum reduziert, das

für die Kooperation mit der NATO unumgänglich war und war zum erheblichen Teil nicht einsatzfähig. Eine militärische Gefahr seitens Russlands stand nicht zur Debatte. In der deutschen Gesellschaft dominierte die pazifistische Haltung.

Die vertrauensvolle Kooperation mit Russland wurde selbst nach 2014 fortgesetzt, nachdem Russland der Ukraine die Krim geraubt und im Osten des Landes die abtrünnigen sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk installiert hatte.

2015 wurde das Projekt Nordstream 2 für eine zweite Ostseepipeline von Russland nach Deutschland, also unter Umgehung der Ukraine, aus der Taufe gehoben, zu einem Zeitpunkt, als die imperialen Pläne Putins allgemein, auch der Bundeskanzlerin Frau Merkel, bekannt sein mussten. Das Vertrauen Deutschlands in Russland blieb dennoch ungebrochen. Man berief sich dabei auf die einstige Kooperation der Bundesrepublik mit der Sowjetunion. Die Sowjetunion sei ganz unabhängig von weltpolitischen Krisen und Ost-West-Konflikten ein zuverlässiger, krisenfester Gas- und Öllieferant gewesen. Dasselbe sei von Russland zu erwarten. Zudem seien die langfristig mit Russland vereinbarten Preise deutlich günstiger als die Weltmarktpreise.

So kam es also, dass Deutschland mit seinen Gas-, Öl- und Kohleimporten aus Russland zu einem der wichtigsten Financier des ehrgeizigen russischen Aufrüstungsprogramms geworden ist und nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im erheblichen Maße den russischen Krieg finanziert. Ein Stopp der Einfuhr der Energierohstoffe aus Russland, der den russischen Krieg zumindest verteuern, wenn nicht beenden würde, hätte nach Einschätzung von deutschen Wirtschaftsfachleuten und Politikern in Deutschland kalte Wohnungen und den Kollaps der Wirtschaft zur Folge.

So ist also Deutschland ohne einen Zwang und ohne Erpressung im hohen Maß von Russland abhängig geworden, wie ein Junkie von einem Dealer. Diesen Zustand und das in Deutschland, besonders innerhalb der SPD, weit verbreitete Verständnis für die russische Politik und die „russischen Interessen“ hat der Finne Antero Holmila als eine freiwillige Finlandisierung Deutschlands bezeichnet.

# Wie Geschichtsmysphen entstehen und historisch wirken

Dazu zwei Empfehlungen. Der Dokumentarfilm **„Mythos Oktoberrevolution – Eine Reise in Lenins Russland.“** Selten wurde ein welthistorisches Ereignis so mit Mythen überdeckt wie die Oktoberre-



volution. Von Lenin zuerst noch als Aufstand bezeichnet, wurde daraus innerhalb weniger Jahre die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“. Die Dokumentation


will diesen Mythos hinterfragen. Der Film sucht nach dem Ursprung wirkungsmächtiger Geschichtsbilder und begibt sich dazu an die originalen Schauplätze im russischen Petersburg. Prominente Historiker, u.a. Orlando Figes und Jörg Baberowski helfen, die Vorgänge aufzuklären und einzuordnen. Was war Wirklichkeit, was ist Mythos? Eine spannende Spurensuche bis in die Gegenwart des heutigen Russlands. Eine Produktion von Noahfilm im Auftrag des rbb, gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter <https://www.youtube.com/watch?v=zdS67rpla9M>.

**Weiterführende Empfehlungen:** Die Zeitschrift „Gerbergasse 18“ mit dem Ti-

tel „Oktoberrevolution“, in Gerbergasse 18: Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik Jg. 22 (2017), Heft 2.

Das Buch von George Orwell: 1984, Anaconda Verlag, Gebundene Ausgabe, 400 Seiten, ISBN-10: 3730609769, ISBN-13: 978-3730609767

**Zitat:** „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“

Quelle: <https://beruhmte-zitate.de/zitate/1970589-george-orwell-wer-die-vergangenheit-kontrolliert-kontrolliert-d/> 

## Tag der Befreiung?

Im August 1944 wurde unsere jüdische Familie, meine Eltern, meine Schwester und ich, in Frankreich von den amerikanischen Truppen befreit. So hatten wir also allen Grund, den 8. Mai jährlich als den Tag des Sieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus zu feiern.

Der 08., in Russland 09. Mai, ist aber schon durch die sowjetischen Machthaber, besonders aber durch Putin, kontaminiert worden. Er kann deshalb nicht mit gutem Gewissen als ein Tag der Befreiung begangen werden. In Russland als dem Nachfolgestaat der Sowjetunion ist es ein traditioneller Tag der Demonstration

des militärischen Größenwahns und der imperialen Massenhysterie. In den 1945 von den Nazis befreiten osteuropäischen Staaten erinnert man sich dagegen seit 1990 an diesem Tag auch an den Beginn der sowjetischen Okkupation, die alles andere als eine Befreiung gewesen ist. Das gilt auch für den östlichen Teil Deutschlands. So mutig und für die Deutschen historisch auch die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 gewesen sein mag, in der er den 8. Mai 1945 als den Tag der Befreiung auch Deutschlands vom Nationalsozialismus bezeichnete, darf nicht vergessen werden, dass dieser Tag auch

der Vorbote der Teilung der Welt in Ost und West und der Tag des Sieges des russischen imperialen Großmacht-Chaovinismus gewesen ist. Durch Putins Politik, besonders durch den Überfall Russlands auf die Ukraine, den er am 09. Mai 2022 als einen Sieg im Kampf gegen die „ukrainischen Nazis“ ganz im Sinne des Sieges gegen die deutschen Nationalsozialisten feierte, sollte der 8/9. Mai auch für antifaschistisch gesinnte Menschen in Deutschland einen Teil seiner positiven Symbolik eingebüßt haben. Die Moskauer Militärparade am 09. Mai 2022 wird weder ein Symbol des Friedens, noch des Antifaschismus und schon gar nicht der Völkerverständigung sein.

Gabriel Berger

## Zwischen Realismus und Utopismus


Historische und theologische Erwägungen anlässlich des Angriffskrieges in der Ukraine

„Jahrhundertlang haben Menschen einander verletzt und getötet, und nichts wird sie davon abhalten, es auch in Zukunft zu tun. Wir sind verletzungsmächtig und verletzungsoffen, und weil es so ist, müssen wir uns voreinander schützen: durch Konventionen und Regeln und durch Waffen, mit denen ihre Anerkennung jederzeit erzwungen werden kann. [...] Wer also radikalen Gewaltverzicht fordert – die Abschaffung der Armee oder gar schon die der rechtserhaltenden Gewalt des Staates – fordert etwas Unmögliches. Er wird andere zu Gewalt provozieren und die Möglichkeit eines relativen Friedens gefährden. Insofern ist die erste

Voraussetzung für Sicherheit ein realistisches Menschenbild.“ Das Zitat stammt aus einem Vortrag des Berliner Historikers Jörg Baberowski, den er im Rahmen des PaulinerFORUM am 22.10.2020 in der Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig unter dem Titel »Warum gibt es keinen Frieden?« hielt.

Inzwischen schrieb er in der NZZ vom 04.04.2022: „Frieden wird es nur geben, wenn Menschen lernen, zu vergessen, wenn sie aufhören, sich gegenseitig ihre Helden und nationalen Mythen vorzuhalten. Auch wir haben uns von Hermann dem Cherusker und dem Bismarck-Kult

vergängerer Zeiten verabschiedet [...]. Erst wenn in Russland niemand mehr die Kiewer Rus und den Grossen Vaterländischen Krieg braucht, um Russe sein zu können, und wenn in der Ukraine der Holodomor nicht mehr unablässig als russische Tat beschworen werden muss, kann es einen Frieden geben, der den Tag überdauert. Die Geschichte ist der Grund, auf dem der Nationalismus wächst. Man muss vergessen lernen, die Geschichte ruhen lassen.“ Das Plädoyer dafür, die Geschichte ruhen zu lassen, ist für einen Historiker eine sehr bemerkenswerte Aussage.

Empfohlener und hier gekürzter Ausschnitt eines Beitrages von Annette Weidhas, Erschienen auf der Internetseite „zeitzeichen – Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft“ unter <https://www.zeitzeichen.net/node/9739> 

## Stepan Bandera – der umstrittene Nationalheld der Ukraine

Noch heute erinnern in seiner Heimat, der Ukraine, Straßen und Plätze sowie Denkmale und viele Gedenktafeln an Stefan Badera. 2010 ernannte ihn der ehemalige Staatschef der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, zum „Helden der Ukraine“. Nicht wenige „Kreise“ erachteten ihn indes als einen „Faschisten“; zweifellos war er ein radikaler ukrainischer Nationalist. Eine Teilnahme an dem Juden-Massaker in Kiew war und ist ihm jedoch bis heute nicht nachzuweisen.

Unbestritten wurde Bandera 1909 als Sohn eines Priesters der ukrainischen griechisch-Orthodoxen Kirche in einem Dorf in Galizien (ehemals Österreich-Ungarn) geboren. Er studierte am Polytechnikum in Lemberg und schloss sich dort der Organisation Ukrainischer Nationalisten an. Sein Schwergewicht lag bald bei deren militärischem Ableger, der UPA – Ukrainische-Aufständische-Armee. Im 2. Weltkrieg warb die deutsche Abwehr um ihn. Bandera wollte hingegen eine eigene, freie Ukraine, einen ukrainischen Nationalstaat. Als er seine Forderung nach einem Nationalstaat öffentlich ausrief, kam er in „NS-Schutzhaft“ und wurde ins Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht.

Im Sommer 1946 tauchte er als „Stefan Popel“ in München wieder auf, wo er mit Unterstützung westlicher Nachrichtendienste seinen recht erfolgreichen antisowjetischen Untergrundkrieg weiterführen konnte, der immerhin bis Ende der 50er Jahre andauerte.

Im Oktober 1959 wurde Bandera im Eingang seines Wohnhauses mit einer pistolenähnlichen Waffe mit Blausäure von einem KGB-Mann ermordet. Dieser lief später zum Westen über und wurde zu einer nur milden Zuchthausstrafe verurteilt. Das Gericht sah den nun ehemaligen KGB-Mann in dem nicht unumstrittenen Urteil als „bloßes Werkzeug des KGB“ an. Der eigentliche Täter hinter dem Täter sei der Sowjetgeheimdienst.

Ob Bandera, wie Historiker schreiben, dem „faschistischen Lager“ der ukrainischen Nationalisten zuzurechnen ist, ist vor dem Hintergrund seiner politischen Ziele einer unabhängigen Ukraine und seiner Einlieferung in das KZ-Sachsenhausen zumindest widersprüchlich zu werten. Zitat: „Die Beteiligung an den Massakern an den Ju-

den ist (Bandera, d.A.) schwierig nachzuweisen, weil er daran nicht direkt beteiligt war, sondern nur als Schöpfer der Ideologie, die dann dazu geführt hat“, sagt der Hamburger Historiker und Ukraine-Spezialist Frank Golczewski. [...] Wenige Tage nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion proklamierte Banderas OUN-B (Organisation Ukrainischer Nationalisten) am 30. Juni 1941 in Lemberg einen unabhängigen ukrainischen Staat an der Seite Hitlerdeutschlands. Doch den Nationalsozialisten passte das nicht. Sie bevorzugten ihr eigenes Besatzungsregiment. So nahmen sie Bandera im KZ-Sachsenhausen bei Berlin in „Ehrenhaft“. Die OUN mit ihren beiden Flügeln und weitere ukrainische Gruppen kämpften währenddessen in der Vielvölkerregion der westlichen Ukraine weiter für einen ethnisch reinen ukrainischen Staat. 'Sie wollten teilweise vertreiben, teilweise ermorden die drei Gruppen: Juden, Polen und Russen. Das waren die Hauptfeinde der OUN', sagt der Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe'."

Fest steht, Bandera und anderen Mitgliedern der ukrainischen Nationalisten waren alle Mittel recht, ihr Ziel zu erreichen. Auch der Mord an Zivilisten war für die Nationalisten opportun. Sie wollten, dem damaligen Zeitgeist folgend einen ethnisch ukrainischen Nationalstaat. Das schloss die Vertreibung und Ermordung anderer Bevölkerungsgruppen nicht aus, so neben den Polen, unter deren Herrschaft die Ukrainer genauso gelitten hatten wie unter den Sowjets, auch in Teilen die Vertreibung und Ermordung von Juden. Letzteres ist als historisches Kollektivdenken und Handeln zu kontextualisieren. Pogrome an Juden, deren Deportation, Ausgrenzung, Vertreibung und Diskriminierung bis hin zur Ermordung müssen auch dem damaligen Polen und der Sowjetunion angerechnet werden.

In Osteuropa wurde die jüdische Bevölkerung nach 1918 Opfer massiver Gewaltexzesse. Sie wurde von Nationalisten und Bolschewiki gleichermaßen als Feind gesehen. Auf dem Gebiet der heutigen Ukraine kam es zu fast 1200 Pogromen. Allein in der kurzen Periode zwischen Dezember 1918 und Dezember 1919 kam es zu 1182 Pogromen. Davon begingen bolschewistische Truppen immerhin 106, wie der Historiker Oleg Budnitskii gezeigt hat. Damit lagen sie weit hinter den Einheiten der ukrai-

nischen Nationalisten Symon Petljuras, die für 439 verantwortlich zeichneten, oder denen der russischen Konterrevolutionäre mit 213 Ausschreitungen. Symon Petljura war ein für die ukrainische Eigenstaatlichkeit Eintretender ukrainischer Politiker, Journalist, Literat und Publizist sowie von 1919 bis 1920 Präsident der nur von den Mittelmächten anerkannten Ukrainischen Volksrepublik.

Schätzungsweise 100.000 Juden wurden in den anhaltenden Kriegen in den Jahren nach 1917 ermordet und über eine halbe Million Opfer von Raub oder Zerstörung ihres Eigentums. Dazu kamen weitere 200.000 jüdische Hunger- und Seuchentote, die über 50.000 Waisen zurückließen – furchterregende Zahlen bei einer jüdischen Gesamtbevölkerung in der Ukraine von etwa 1,6 Millionen. Allein in der Zeit zwischen 1939 bis 1941 wurden 100.000 bis 300.000 polnische Juden aus dem sowjetisch besetzten Territorium Polens in die Sowjetunion deportiert. Laut Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung von 1907 sind Okkupanten verpflichtet, in den von ihnen besetzten Gebieten die Rechte und das Eigentum der Bürger zu schützen; Artikel 50 verbietet Kollektivstrafen. Vertreibungen und Deportationen sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ohne Zweifel suchte Bandera offensiv die „Zusammenarbeit“ bzw. Kollaboration mit jeder politischen Kraft, die seinem politischen Ziel diene. Zitat: „In Deutschland unterstützte der Bundesnachrichtendienst, in dem zahllose ehemalige Nazis aktiv waren, die im Exil lebenden Nationalisten bei ihren antisowjetischen Aktionen. In München, dem Sitz des BND, entstand nach dem Krieg ein ukrainisches Emigrationszentrum, das Propagandaliteratur verbreitete. Auch Bandera und Stezko, die beiden wichtigsten OUN-B-Führer, lebten dort unter falschem Namen. Im Oktober 1959 wurde Bandera vom sowjetischen Geheimdienst KGB in München aufgespürt und ermordet. Stezko lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1986 als Exilführer der OUN-B in der süddeutschen Stadt.“

Dr. Friedrich W. Schlomann,  
Königswinter, redaktionell bearbeitet  
von Dr. Henning Pietzsch

Quellen: Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI) <https://www.wsws.org/de/articles/2014/05/24/swo2-m24.html>, Deutschlandfunk Kultur <https://www.deutschlandfunkkultur.de/bandera-kult-ukraine-100.html>, Der Tagesspiegel vom 19.12.2019, Alfred-Mauris de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, W. Kohlmaier, Stuttgart 1993, S. 212.

# Grußwort zur 33. Gedenkveranstaltung der Lagergemeinschaft Sowjetisches Speziallager Nr. 5 Ketschendorf am 07. Mai 2022 in Fürstenwalde

von Wolfgang Lehmann, geboren am 30. März 1929, in Großräschen (N.-L.), dort auch aufgewachsen, seit 1960 in Hessen lebend.

Vorweg: Ich verwende die deutsche Sprache, wie ich sie in der Schule erlernt, in meinem langen Leben verwendet habe und wie sie den geltenden Regelwerken und Vorschriften entspricht.

Liebe Kameraden,  
liebe Angehörige,  
liebe Mitglieder des  
ehemaligen Vorstandes,  
und des jetzigen Vorstandes,  
sehr geehrte Angehörige von  
Dienststellen und Institutionen,  
sehr geehrte Gäste

Im vergangenen Jahr wurde fast der gesamte Vorstand durch einen neuen ersetzt. Ich meine, auch im Namen aller Kameraden und Mitglieder unserer Lagergemeinschaft sprechen zu dürfen, wenn ich meinen herzlichen Dank an die Mitglieder des alten Vorstandes ausspreche! Kein Mitglied war selbst Lagerhäftling, sondern Angehöriger oder einfach nur Mitführender. Deshalb kann ihr selbstloses Wirken nicht hoch genug anerkannt und gewürdigt werden! Hervorzuheben ist dabei mein lieber Freund Eckhard Fichtmüller, der von Anfang an als Pfarrer die Gottesdienste unserer Gedenkveranstaltungen begleitet hat, und später sich uneigennützig als Vorsitzender zur Verfügung stellte, als kein Häftling mehr dazu in der Lage war. Unvergessen bleibt, lieber Eckhard, Deine bewegende Ansprache bei meiner privaten Gedenkfeier 2015 zum 10jährigen Bestehen des deutsch-amerikanischen Friedensmahnmales in Großräschen. Ein ganz besonderer Dank gebührt Dir auch, daß Du uns als Nachfolge im Vorstand drei Deiner Enkel zugeführt hast! Ihnen danke ich ebenfalls und wünsche ihnen und uns eine weiterhin erfolgreiche Arbeit! Schließlich sei Alfred Schubert gedankt, der als Mitglied im alten und neuen Vorstand ein wertvolles Bindeglied ist!

Die Zahl der direkt Betroffenen wird naturgemäß immer kleiner, und die hier noch teilnehmen können, erst recht. So wird es bald die Aufgabe der Nachfahren und der Interessierten sein, die Erinnerung an das Leiden und Sterben im Lager

zu bewahren. Dabei sollte man auch an diejenigen denken, die an den Spätfolgen der Haft gelitten haben und daran zugrunde gegangen sind. Deren Zahl ist kaum zu beziffern. Und in wie vielen Familien wurde mitgelitten?

Belastet hat uns in dieser ganzen Zeit, daß wir über unser Erleben nicht sprechen durften. In der ‚DDR‘ war es gefährlich, denn man kam wegen Verunglimpfung der ruhmreichen Sowjetmacht in den ‚Knast‘. Im Westen wurde es in der Öffentlichkeit nicht gern gesehen. Man galt als ‚kalter Krieger‘.

Meine anfängliche Hoffnung, nach dem Fall der unsäglichen Mauer nun endlich Gerechtigkeit und Anerkennung zu finden, wurde immer mehr enttäuscht. In zunehmendem Maße wurden und werden die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft dem Vergessen anheimgegeben. Das kann ich an zahlreichen Beispielen, die ich über die Jahre gesammelt habe, belegen. Von offiziellen Stellen werden nur zu besonderen Anlässen ‚Sonntagsreden‘ gehalten. So schrieb der damalige Bundeskanzler Schröder 2000 im Vorwort der Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS): „Die Bundesregierung betrachtet die Rehabilitierung und Entschädigung der Menschen, die in der ‚DDR‘ und zuvor in der sowjetischen Besatzungszone Opfer politischer Verfolgung waren, als eine Aufgabe von besonderem Gewicht.“ Der Deutsche Bundestag benötigte dann allerdings 17 Jahre, um eine bescheidenen Opferrente von 300 € je Monat zu beschließen! Und diese wurde auch noch als Almosen gewährt, weil Bedürftigkeit vorausgesetzt ist.

2016 beschloß der Bundestag, Personen, die nach Ende der Kampfhandlungen 1945 für eine fremde Macht Zwangsarbeit leisten mußten, eine einmalige Entschädigung von 2500 € zu zahlen. Zeitgleich legte das Bundesjustizministeriums einen Gesetzentwurf vor, wonach homosexuelle Männer, die nach dem früheren Paragraphen 175 (des damals geltenden Strafgesetzbuches) verurteilt

wurden, eine zeitbezogene Entschädigung erhalten sollen. Würde man diese Regelung für mich annehmen, hätte ich 10.500 € statt der 2.500 € erhalten! Dies zeigt einmal mehr, welches Ansehen bzw. welche Wertschätzung wir bei unseren Politikern haben.

Am 3. Juni 2020 hat in Hessen die Fraktion der SPD einen Antrag in den Landtag eingebracht, wonach allen Schülern höherer Klassen ein Pflichtbesuch einer Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus auferlegt werden soll. Als ich davon erfahren habe, sandte ich am 3. Oktober an die CDU-Abgeordnete unseres Wahlkreises einen Ergänzungsvorschlag, der auch Besuche in Gedenkstätten für Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft vorsieht. Bis heute habe ich darauf keine Antwort erhalten. So könnte ich weitere Beispiele anführen. Deshalb bin ich seit mehr als 20 Jahren in Wort und Schrift bemüht, der Wahrheit und Wahrhaftigkeit Gehör zu verschaffen. Dabei geht es mir nicht um Vergeltung oder gar Rache, sondern um Vergebung und Versöhnung. Besonders jüngere Menschen, wie die Zuhörer in den Schulen, sind hoch interessiert, von diesem Erlebten zu erfahren. Wenn behauptet wird, davon wolle heutzutage niemand mehr etwas wissen, so erfahre ich genau das Gegenteil. Das ist auch aus den Eintragungen im Gästebuch zur Ketschendorf-Ausstellung zu ersehen.

Unsere Schicksalsgefährtin und langjährige Vorsitzende der Lagergemeinschaft Sachsenhausen, Gisela Gneist, die 1945 als 15jähriges Mädchen von den Sowjets verhaftet und zu 10 Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, von denen sie 5 Jahre absaß, hinterließ in ihrem Buch ‚Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager‘ ein Gelöbnis:

**„Wir haben unseren Kameraden versprochen, sie nicht zu vergessen. Sie können nicht mehr reden. Wir wollen es für sie tun!“**

In diesem Sinne will ich auch weiterhin als Zeitzeuge in Wort und Schrift tätig blei-



ben stets im Bewußtsein: Jeder neue Tag, den ich erlebe, ist der erste Tag meines restlichen Lebens!

Deshalb halte ich es für wichtig, eine Gedenkkultur zu entwickeln, wie es sie für andere Opfergruppen seit langem gibt. Das fängt schon mit der ‚richtigen‘ Namensgebung an.


Als Beispiele nenne ich die ‚Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur‘, in den Bundesländern gibt es ‚Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur‘ und neuerdings eine ‚Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur‘.

Damit sind die vorherigen ‚Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft‘ ganz offensichtlich ausgegrenzt. Das ist auch in den meisten Beiträgen in der Verbandszeitschrift ‚der stacheldraht‘ der Fall.

Auch frage ich mich seit langem, wer bei Gründung der Lagergemeinschaften Ketschendorf und Jamlitz, die Feder geführt hatte, denn der übliche Begriff ‚Internierungslager‘ ist für beide völlig unzutreffend. Richtig wäre ‚Speziallager‘, so wie er auch im Russischen verwendet wird, nämlich ‚SpezLag‘. Schließlich halte ich es für geboten, das Behandeln unserer Schicksale im Schulunterricht endlich in

die Rahmenlehrpläne der Bundesländer aufzunehmen. Nach meiner Erfahrung weiß fast kein Lehrer davon und die Schüler können es schon gar nicht wissen!

Diese Gedenkkultur zu schaffen, kann keine Lagergemeinschaft allein bewirken. Das ist für mich eine vordringliche Aufgabe der ‚UOKG‘, die sogar den zutreffenden Namen ‚Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft‘ trägt.

Ich danke Ihnen für Ihr geduldiges Zuhören! 

## Gedenkveranstaltung für die jugendlichen Opfer der sogenannten Malchower Werwolftragödie 1945/46 und weiterer jugendlicher Opfer aus M/V

In diesem Jahr findet die 24. Gedenkveranstaltung in Malchow wieder statt, und ist Bestandteil des 167. Malchower Volksfestes, welches in die Liste der UNESCO als immaterielles Kulturerbe aufgenommen wurde.

Aufgrund der Aggression der Russen in der Ukraine, wo täglich Russen und Uk-

rainer unschuldig sterben müssen, ist es notwendig, dass wir an die Gräueltaten der Russen nach Kriegsende 1945 in der SBZ erinnern.

Die öffentliche Gedenkveranstaltung für die Opfer der Malchower Werwolftragödie und der anderen Jugendlichen aus M/V findet am 01.07.2022 um 11,45 Uhr am Gedenkstein in der Gartenstraße 19 vor der ehemaligen Villa Blanck (damaliger Sitz der russischen Geheimpolizei) statt.

### Vorgesehener Ablauf

Begrüßung der Teilnehmer durch die Organisatoren

Musikalische Eröffnung durch Bläserquintett des Stabsmusikkorps Berlin

### Grußworte

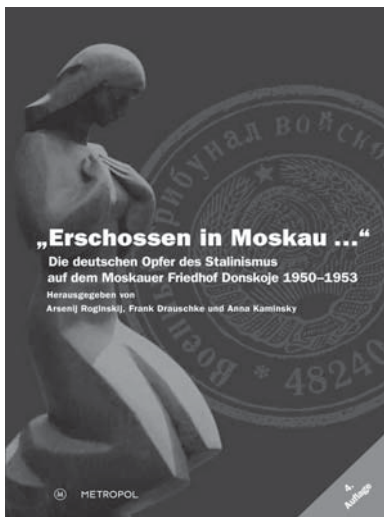
- Der Bürgermeister der Stadt Malchow, Herr Rene Putzar
- Die Landesbeauftragte von M/V

für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frau Anne Drescher

- Die Landesbeauftragte von Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Dr. Maria Nooke

### Programm

- Musikstück Bläserquintett
- Gedenkrede des Kommandeurs der Panzergrenadierbrigade 41 „Vorpommern“, Herrn Brigadegeneral Nawrat
- Schüler der Fleesenseeschule gestalten ihren Beitrag selbst
- Musikstück Bläserquintett
- Gebet des Malchower evangelischen Pastors, Herrn Eckard Kändler
- Kranzniederlegung mit Trommelwirbel
- Musikstück „Ich hat einen Kameraden .... / Trompetensolo 1. Strophe, 2. und 3. Strophe alle
- Stadt Malchow lädt abschließend zu Kaffee und Kuchen ein und zu interessanten Gesprächen – Schüler der Fleesenseeschule bedienen
- Zum Abschluss der Veranstaltung singen alle mit musikalischer Begleitung die „Nationalhymne“.




## UOKG-Ausstellung im Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz

Unter dem Beitrag „Mein lieber treuer Kamerad und Freund Siegfried...“, S. Am 02. Juni 2022 konnte nach langer Vorbereitungszeit im Landtag von Rheinland-Pfalz, endlich die UOKG-Wanderausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ eröffnet werden. Der Landtagspräsident Hendrik Hering beteiligte sich mit einer kurze Ansprache und der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski sprach ein Grußwort.

Den Einführungsvortrag hielt Alexander W. Bauersfeld. Die Ausstellung kann bis zum 25.06.2022 kostenfrei besucht werden.

Wir wünschen uns für die Veranstaltung gutes Wetter, dass Sie alle gesund bleiben und einen guten Veranstaltungsverlauf.

Anfragen an Horst Vau  
Badeweg 7, 170033 Neubrandenburg  
Tel.: 0395/5841748  
Handy: 0151 67476613  
Mail: Jutta-Vau@t-onlinde.de 

# Eine verdiente Ehrung auf großer Bühne

Holker Thierfeld erhält zum 25. Bundeskongress in Rostock das Ehrenabzeichen der VOS

Zum 25. Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, der vom 20. bis 22.05.2022 in Rostock stattfand, erfuhr Holker Thierfeld aus Chemnitz eine ganz besondere Würdigung. Der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e.V., Hugo Diederich, bedankte sich im Rahmen seines Redebeitrages bei Holker Thierfeld für dessen Arbeit als ehrenamtlicher Vorsitzender der Bezirksgruppe Chemnitz – Stollberg – Hohenstein-Ernstthal. In Anwesenheit von über 200 Kongressteilnehmenden aus mehr als 40 Vereinen erhielt Holker

Thierfeld das Ehrenabzeichen mit Goldkranz der VOS.

Seit den frühen 1990er-Jahren leitet Holker Thierfeld die Bezirksgruppe in Chemnitz und bietet seit dieser Zeit jeden Monat bei der regulären Sitzung der Gruppe Beratungsgespräche für Außenstehende an. Jedem der ehemals politisch Verfolgten begegnet er mit Empathie und Engagement bei der Aufarbeitung des individuellen Haftschicksals, sei es bei Fragen rund um die Akteneinsicht oder bei der Rehabilitierung. Regelmäßig erkundigt er sich nach dem Befinden jener Kameradinnen und Kameraden, die aus gesundheitlichen Gründen an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen können, und besucht sie zuweilen in den Pflegeeinrichtungen.

Holker Thierfeld prägt die Erinnerungskultur der Stadt Chemnitz mit, richtet die VOS doch jedes Jahr die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 aus, zu der immer Vertreter aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik erscheinen. Gleiches gilt für die Jahresabschlussversammlung seiner Bezirksgruppe. Jährlich gedenken die Kameradinnen und Kameraden gemeinsam den verstorbenen Mitgliedern, erinnern an das vergangene Jahr und blicken zusammen mit den Gästen auf die Zukunft der SED-Aufarbeitung. Das alles ist das Verdienst Holker Thierfelds, der die Arbeit seiner Vorgängerinnen und Vorgänger aus den Reihen der VOS in deren Sinne fortführt und dabei neue Akzente setzt.

Dr. Steffi Lehmann, Ariane Zabel



Hugo Diederich (r.) bittet Holker Thierfeld auf das Podium



Die ersten Gratulanten sind Heinz Galle (l.) und Frank Nemetz

## Filmclip der UOKG ist fertig

Mit dem Film werben wir dafür, das „Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ endlich fertig zu stellen. Bitte nutzen Sie den Film, geben Sie ihn weiter und helfen Sie uns, das nunmehr mehr als zehn Jahre laufende Projekt zu einem guten Abschluss zu bekommen. Die Chancen stehen inzwischen gut. Vor den Erfolg aber haben die Götter den Schweiß gesetzt.

Im Namen des Filmteams freue ich mich, Ihnen nunmehr den Film präsentieren zu dürfen.

Der Film ist jetzt online unter folgendem Link: <https://youtu.be/990jp7Qb77o>

Abschließend der Hinweis: Der Film muss kurz sein. Er ist für YouTube produziert. Ist er zu lang, verlassen ihn die Benutzer ohne Gnade. Also konnten wir aus der Vielfalt der Verbände kaum etwas berichten. Wer einen etwas längeren Film sehen will, dem sei der Film „30 Jahre UOKG“ empfohlen. Gerne erstellen wir auch einzelne Clips für unsere Verbände.

Dr. Christian Sachse

Wissenschaftlicher Berater

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Tel.: 0178 1974 9 08; Mail: [sachse@uokg.de](mailto:sachse@uokg.de); Info: [www.uokg.de](http://www.uokg.de); [www.christian-sachse.de](http://www.christian-sachse.de)

Unser Team UOKG-News sucht für einen kurzen Film Ideen, Bilder, Statements zum Thema Repressionen gegen Frauen in der SED Diktatur.

Titel: „So haben wir es erlebt.“, Mails von Interessierten bitte an [sachse@uokg.de](mailto:sachse@uokg.de)

## Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Konstanze Helber in Rottweil

„Ortszeit Deutschland“ – unter diesem Motto reist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in verschiedene Regionen unserer Republik, um den direkten Austausch mit den Menschen im Land zu suchen, sich vor Ort ein Bild über ihre Sorgen und Nöte zu machen und zu erfahren, was sie beschäftigt, aber auch, was ihre Hoffnungen sind, was sie von der Politik erwarten oder sich für ihr eigenes Leben erträumen. Diese „Ortszeit“ umfasst immer drei Tage, in denen die besuchten Städte zugleich Amtssitz des Bundespräsidenten sind. Bewusst hatte er zuerst die Städte Altenburg in Thüringen und Quedlinburg in Sachsen-Anhalt – beide im Osten der Republik gelegen – als „mobilen“ Amtssitz ausgewählt.

Ziel seiner Reise im Juni war vom 07. bis 09.06.2022 Rottweil in Baden-Württemberg, im Südwesten Deutschlands, eine Region mit einer stolzen, reichen Geschichte, die nicht nur geografisch nah an der Schweiz und Frankreich liegt, sondern auch historisch und kulturell von dieser Nähe geprägt ist.

Am dritten Tag seines Aufenthaltes in Rottweil hat er in einem Festakt im Sonnensaal des Mehrgenerationenhauses Kapuziner, einem ehemaligen Kloster, acht Persönlichkeiten – vier Männer und vier Frauen –, darunter Konstanze Helber, die sich seit Langem in herausragender Weise ehrenamtlich für die Gesellschaft

engagiert haben, mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

In seiner Ansprache wies der Bundespräsident daraufhin, wie wichtig das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern unserer Republik ist, die sich nicht vor neuen Herausforderungen der Gegenwart verschließen, die sich einmischen, beteiligt sein und mitgestalten wollen. Er hätte auch in diesen drei Tagen erlebt und gespürt, wie lebendig die Demokratie gerade durch die verschiedenen Formen der Beteiligung der Menschen aus allen Schichten ist, die nicht fragen, was der Staat ihnen schuldet, sondern bereit sind, uneigennützig etwas für das Gemeinwohl zu tun.

Damit hat er elegant den Bogen zu den mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten Persönlichkeiten geschlagen, denen auf diesem Wege für ihr Engagement gedankt werden sollte.

Nacheinander auf die Verdienste der Einzelnen eingehend, berichtete er über Konstanze Helber, die 1977 wegen Republikflucht zu einer mehrjährigen Haftstrafe in der ehemaligen DDR verurteilt worden war, dass sie sich als Zeitzeugin in Schulen und auf Veranstaltungen gegen das Vergessen von DDR-Unrecht einsetzt, nachdem sie im Frauenzuchthaus Hoheneck gezielte Entmenschlichung

und Zwangsarbeit erlebt hatte. 2004 begann sie, sich mit ihrer Lebensgeschichte auseinanderzusetzen und gründete 2010 den „Süddeutschen Freundeskreis Hoheneckerinnen“, der den ehemals inhaftierten Frauen die Möglichkeit bietet, über ihre traumatischen Erfahrungen zu sprechen und sich für ihre Rechte einsetzt. Auch Frauen, die in anderen Gefängnissen der DDR einsaßen oder Repressionen ausgesetzt waren, gab sie eine Stimme. 2019 war sie Mitbegründerin des Vereins „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur“.

Die Veranstaltung, der auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann und der Oberbürgermeister von Rottweil Ralf Broß beiwohnten, wurde von zwei Musikern (Ferenc Mehl, Schlagzeug; Magnus Fabian Mehl, Saxophon) und einer Musikerin (Karoline Rebekka Höfler, Kontrabass) exzellent umrahmt und mit der Nationalhymne beendet.

Zum Abschluss gab es noch einen Stehempfang an Bistro-Tischen, bei dem die Ausgezeichneten und deren Gäste lebhaft mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem Oberbürgermeister Ralf Broß diskutieren konnten.

Prof. Dr. Karin Sorger



Konstanze Helber und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

# Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesucht!

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sucht ehemalige Häftlinge, die in einem der „Strafgefangenenarbeitskommandos“ im früheren Stasi-Gefängnis gearbeitet haben. Die dort eingesetzten Frauen und Männer mussten mit ihrer Arbeitsleistung die Versorgung und Instandhaltung der Untersuchungsanstalt des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gewährleisten. Die Frauen waren vor allem in der Küche, als Reinigungskräfte oder Näherinnen beschäftigt. Die Männer arbeiteten u.a. als Handwerker und Elektriker oder waren für die Wartung des Stasi-Fuhrparks zuständig.

In einem erhalten gebliebenen Küchentrakt des ehemaligen Gefängnisses soll nun eine Ausstellung über das bisher wenig erforschte Thema der Arbeitskommandos entstehen. Hierfür ist die Gedenkstätte dringend auf die Unterstützung

ehemaliger Strafgefangener angewiesen, die damals für die Stasi tätig sein mussten: Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrer Zeit im Strafvollzug in Hohenschönhausen gemacht? Wie haben Sie die Arbeit, den Lebensalltag und das Zusammenleben in den Kommandos in Erinnerung?

Bitte melden Sie sich, wenn Sie Ihre persönlichen Erlebnisse mit uns teilen möchten und wenden sich unverbindlich an Frau Theresa Polley, per Mail ([ausstellung@stiftung-hsh.de](mailto:ausstellung@stiftung-hsh.de)) oder telefonisch unter 030/986082-502.

Die Gespräche werden wir selbstverständlich vertraulich behandeln. Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erinnert im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit an die Opfer der SED-Diktatur in Deutschland. Sie hat den

Auftrag, die Geschichte des Haftortes Hohenschönhausen in den Jahren 1945 bis 1989 zu erforschen und über Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zur Auseinandersetzung mit der politischen Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen.

Theresa Polley  
Telefon +49 (0)30 986082 502  
[Ausstellung@stiftung-hsh.de](mailto:Ausstellung@stiftung-hsh.de)

## Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im August Geburtstag haben

Asnath Boggasch, Michael Teltz am 05. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Hans-Joachim Schafft am 01. August, Ekkehard Schultz am 07. August, Olaf Burrow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 08. August, Rudolf Böhm, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Erika Ryssel am 25. August  
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## Korrekturen zur Ausgabe 3/22

Unter dem Beitrag „Mein lieber treuer Kamerad und Freund Siegfried...“, S. 14, Bildunterschrift, steht „Siegfried Dierig Mai 1950“. Richtig ist „Wolfgang Lehmann Mai 1950“. S. 15, Bildunterschrift, steht „Siegfried Dierig“. Richtig ist „Siegfried Diering“. Vorletzter Satz steht „Wolfgang Rimbach“. Richtig ist „Wolfgang Lehmann, Rimbach am 20.10.2021“.

## Korrekturen zur Ausgabe 4/22

Auf Seite 12 des Stachedrahtes Nr. 4/20222 findet sich ein VA-Hinweis auf monatliche Archivführungen im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden. Leider sind die Angaben nicht richtig, denn z. B. die Archivführung selbst, findet erst 16:30 Uhr statt. Das Stasi-Unterlagen-Archiv gehört seit Juni 2021 zum Bundesarchiv. Das Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden beteiligt sich außerdem an der diesjährigen Museumsnacht Dresden, am Samstag, dem 02.07.2022 von 18–24 Uhr.

## Ergänzung zum Editorial der Ausgabe 4/22

„Vor dem Hintergrund der Biermann-Ausbürgerung 1976 und der Verhaftung des DDR-Schriftstellers Jürgen Fuchs gründete Wilke gemeinsam mit Hannes Schwenger, Otto Schily u.a. das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“, das sich für die Verhafteten und deren Freilassung einsetzte. Das Komitee war die erste linke Organisation im gewerkschaftlichen Milieu.“ Das war nicht die „erste linke Organisation im gewerkschaftlichen Milieu“, sondern die erste im linken Milieu, die den SED-Staat kritisierte und sich für die politischen Gefangenen in der DDR einsetzte. Am meisten spendete übrigens Romy Schneider für die Arbeit (etwa 5000 DM), wie im Vorlass von Hannes Schwenger ersichtlich ist.

Beste Grüße  
Gerold Hildebrand

## UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail [kegel@uokg.de](mailto:kegel@uokg.de)

Cornelia Kurtz  
(Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo, Do, Fr, 11–15 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail [kurz@uokg.de](mailto:kurz@uokg.de)

Beratungstermine nur nach telefonischer  
Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

## Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 15 28 58  
E-Mail [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Elke Weise, Juristin  
Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische  
Anmeldung empfohlen.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Helmuth Astler, Horst und Sieglinde Opitz, Wilfried und Helga Härtel, Manfred Smala, G+L Wissenschaftliche Buchhandlung GMBH, Gerd Ahnert, Rolf Staudte, Wanda Maria Stark, Alexander Grow, Erik Hofmann, Doris Schulze, Hannelore Van Claker, Dr. Ursula Wischer, Reinhold und Hella Meissner, Thomas Gries, Harald Steinke, Martha Irmgard Pfeifer, Bernd Dieter Salamon

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

„Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.“

(Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Bd. 1: Die Vernunft in der Geschichte, hg. v. Johannes Hoffmeister, Hamburg 1994, S. 19)

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 19  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
**Neue E-Mail:** der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wider. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 5/22: 17. Juni

Redaktionsschluss Ausgabe 6/22: 29. Juli

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)